

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstr. 2/3, und durch Postämter zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsanstalt: Expedition, Neue Hauptstr. 2/3, Breslau. Preis: vierteljährlich 40 Pf., halbjährlich 75 Pf., jährlich 1.30 Pf. (Postzusatz 15 Pf.).

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 254.

Breslau, Mittwoch, den 29. Oktober 1913.

24. Jahrgang.

### Der neue Potentat.

Reichskanzler, Staatsministerium, Bundesrat, braunschweigische Regierung bemühen sich im Schweiße ihres Angesichts, dem eingehydrateten Cumberländer einen Thron und dem danach lechenden braunschweigischen Volk einen neuen Potentaten zu verschaffen. Leider stehen dem alte Erklärungen des Welfenhauses und neue Behauptungen der Welfenpartei hinderlich im Wege. Aber es scheint, daß es den erneuten Bemühungen gelingen wird, die Schanzen zu nehmen und die beiden Glückseligen, Fürst und Volk, zusammenzuführen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. Oktober den preussisch-welfischen Heiratsvertrag genehmigt, nachdem Wilhelm II. seinem einzigen Schwiegersohn das Herzogtum Braunschweig als Mitgift gibt. Als treuer Diener des Herrn hat der Reichskanzler Bethmann-Hollweg das Seine getan, indem er Siegel und Unterschrift der hohen Verbündeten einholte, die zum Vollzug dieses staatlichen Rechtsgeschäfts notwendig waren. Und das war freilich kein schweres Stück Arbeit. Denn die Herren Vertreter im Bundesrat werden von den verschiedenen großen, mittleren und kleinen Kronenträgern instruiert, deren es in Deutschland mehr gibt, als im übrigen Europa zusammen genommen, und deren Beruf in Reichsangelegenheit zumeist darin besteht, den Vorschlägen Preußens möglichst einhellig auszuweichen. Hier gar handelte es sich mehr um eine preussische, als um eine Reichsangelegenheit, um den alten Streit zwischen Hohenzollern und Welfen, und da stand es den regierenden Familien natürlich nicht zu, preussischer zu sein als Preußen. Einstimmig hat der hohe Bundesrat vor sechs Jahren beschlossen, nie, nie dürfe ein Welfe das braunschweigische Herzogthümchen besteigen, solange nicht das ganze Haus Cumbertland feierlich und förmlich den Gottesgnadenumschurz von 1866 aufgegeben. Einstimmig beschloß der hohe Bundesrat am 27. Oktober, daß eine solche Verzichtserklärung ganz und gar überflüssig sei. Und so haben die Welfen, die 1866 Hannover durch Krieg verloren, 1913 Braunschweig durch Heirat wiedergewonnen.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, lautet der Antrag Preußens zur braunschweigischen Thronfolge, der vom Bundesrat angenommen worden ist, wie folgt:

Berlin, 16. Oktober.

Die königlich preussische Regierung hat durch ihren Antrag vom 15. Mai 1885 (Nr. 89 der Drucksachen) die Aufmerksamkeit des Bundesrates darauf gelenkt, daß zwischen Preußen und Braunschweig wichtige Beziehungen vorausgesetzt werden, wenn seine königliche Hoheit der Herzog von Cumbertland Herzog von Braunschweig würde.

Der Herzog von Cumbertland habe sich dem Protest seines Vaters, des Königs Georg, gegen den durch die Reichsverfassung gewährleisteten preussischen Besitz der Provinz Hannover angeschlossen und bestünde sich gleich diesem in idealen Kriegszustand gegen Preußen. Seine Thronbesteigung würde deshalb die unvermeidliche Folge haben, daß sich in Braunschweig unter der staatlichen Autorität eines der Teilhaber an der souveränen Bundesgewalt ein Stützpunkt für verfassungswidrige Bestrebungen bilden würde, deren Spitze gegen die Integrität des preussischen Staats gerichtet wäre. Die innere Sicherheit des Staates würde dadurch gefährdet. Der Bundesrat hat hierauf am 2. Juli 1885 (§ 422 der Protokolle) beschlossen: „die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumbertland in Braunschweig, da derselbe in einem dem verfassungsgemäß gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befindet und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei.“ Im Jahre 1907 hat Braunschweig anlässlich des Todes seines ersten Regenten auf Grund des Regensburger Vertrages vom 16. Februar 1879 beim Bundesrat eine Nachprüfung der Angelegenheit angeregt (Nr. 8 und 88 der Drucksachen), nachdem der Herzog von Cumbertland am 2. Oktober 1906 erklärt hatte, daß er mit seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Georg Wilhelm, zu Gunsten seines jüngsten Sohnes, des Prinzen Ernst August, auf den braunschweigischen Thron verzichtete. Sobald die Genehmigung erteilt, daß der Regierungsantritt seines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehen. Die Herzogliche Braunschweigische Regierung hat hierbei betont, daß diese Erklärung die Sach- und Rechtslage, die zu dem Beschluß des Bundesrats vom 2. Juli 1885 geführt und in ihm Ausdruck gefunden, verändert sei, und daß, falls die Organe des Herzogtums ihre Entschlüsse lediglich von rein braunschweigischen Gesichtspunkten aus zu fassen hätten, der Uebernahme der Regierung durch den Prinzen Ernst August nichts mehr im Wege stehen würde.

Der Bundesrat hat eine entscheidende Aenderung der Sach- und Rechtslage nicht anerkennen können und demgemäß am 8. Februar 1907 (§ 153 der Protokolle) den durch den Beschluß vom 2. Juli 1885 geschaffenen Rechtszustand aufrecht erhalten.

Seit dieser Zeit sind durch eine Reihe von Ereignissen die Beziehungen des Herzoglich Braunschweigisch-Welfischen Hauses zu Preußen und seinem Königshause herant verändert. Wobei, daß eine erneute Nachprüfung der Angelegenheit geboten erscheint.

Nachdem der Prinz Georg Wilhelm am 20. Mai 1912 verstorben ist, kommt als Herzog von Braunschweig, sobald seine königliche Hoheit der Herzog von Cumbertland den im Jahre 1906 und jetzt erneut in Aussicht gestellten Verzicht auf den braunschweigischen Thron ausgesprochen haben wird, lediglich seine königliche Hoheit der Prinz Ernst August in Betracht. Durch die Vermählung des Prinzen mit ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen sind zwischen dem preussischen Königshause und dem Herzoglich Braunschweigisch-Welfischen Hause enge Familienbeziehungen geschaffen worden. Seine königliche Hoheit hat außerdem mit Zustimmung seines Vaters seine Anstellung als Offizier im preussischen Heere nachgesucht und seiner Majestät dem Kaiser und König Treue und Gehorsam eidlich gelobt. Er erblickt in diesem Eide, wie er dem unterzeichneten Reichskanzler und königlich preussischen Ministerpräsidenten gegenüber schriftlich erklärt hat, zugleich das Versprechen, daß er nichts tun und nichts unternehmen werde, was darauf gerichtet sei, den derzeitigen Verhältnisse Preußens zu verändern. An dieses Versprechen erachtet er sich für immer gebunden, da es eine Verpflichtung enthält, die sich für einen deutschen Bundesfürsten von selbst ergebe.

Unter diesen Umständen kann nicht mehr behauptet werden, daß seine königliche Hoheit der Herzog von Cumbertland und sein Haus sich zu dem Bundesstaat Preußen in einem Verhältnis befinden, das ihm in der Reichsverfassung gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitet. Hierdurch ist es aber auch ausgeschlossen, daß durch die Uebernahme der Regierung Braunschweigs durch den Prinzen Ernst August die Welfenpartei, die trotz aller dieser Ereignisse noch immer für das Haus des Herzogs von Cumbertland Ansprüche auf Gebietsteile Preußens geltend machen zu müssen, eine mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträgliche Unterstützung ihrer Bestrebungen erfahren würde.

Die königlich preussische Regierung ist daher überzeugt, daß die Voraussetzungen, auf denen die Beschlüsse des Bundesrates beruhen, weggefallen sind. Nachdem die Herzoglich braunschweigische Regierung am 11. Oktober 1913 eine Nachprüfung der Angelegenheit angeregt hat, erachtet die königlich preussische Regierung, die zu dem Beschluß des Bundesrats vom 2. Juli 1885 die Veranlassung gegeben hat, es für ihre Pflicht, den Bundesrat von dieser ihrer Ueberzeugung in Kenntnis zu setzen und den Antrag zu stellen:

Der Bundesrat wolle beschließen: 1. die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung seiner königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, in Braunschweig im Hinblick auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen der Sach- und Rechtslage mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung vereinbar sein würde; 2. die braunschweigische Landesregierung hierin zu verständigen.

v. Bethmann-Hollweg.

Mit Rücksicht auf die Empfindungen der modernen Zeit versucht der Bundesratsbeschluss die Tatsache ein wenig zu verdecken, daß die Anbahnung „enger Familienbeziehungen“ das Entscheidende im ganzen Handel gewesen sei. Denn die Völker lassen sich heutzutage nicht mehr gern ins Gesicht sagen, daß sie durch Tausch, Kauf, Schenkungs- und Heiratsverträge den ihnen von Gottes Gnaden verliehenen Herrscher gewinnen wie verlieren können. Aber das staatsrechtliche Gerede, das um diese krasse Tatsache herum gemacht wird, ist blanter Unsinn. Wenn es sich für einen deutschen Bundesfürsten von selbst versteht, daß er antipreussische Bestrebungen nicht fördert, dann hätte man den Cumberländer oder seinen Sohn schon vor Jahr und Tag eben zum Bundesfürsten machen müssen, und der Umweg durch die Heirat zum Thron wäre dann nicht nötig gewesen. Was man jetzt von den Welfen an „Erklärungen“ herausgekriegt hat, das konnte man früher ebenso schön haben, damals aber genügte es nicht, damals war die „Reichssicherheit gefährdet“, waren die „höchsten Güter der Nation“ bedroht, wenn ein Welfe Herzog von Braunschweig wurde. Jetzt aber herrscht Freude in Trojas Hallen:

Alle Hände ruhen müde  
Von dem tränenvollen Streit,  
Weil der herrliche Beside  
Priamus schöne Tochter freit.

Obiges Schicksal, besichere uns den großen Humoristen, der dies Ereignis Deutschlands im zwanzigsten Jahrhundert gebührend besingt! Mag er alle die höchsten handelnden Personen, die Akteure dieses Schauspiels sind, mit der Nachsicht behandeln, die sie verdienen! Sie bewegen sich in den Grenzen, die ihnen Geburt und Erziehung vorschreiben, und wenn sie die Welt noch immer mit den Augen Ludwig XIV. sehen, so ist es darum, weil sie es nicht anders gelernt haben. Aber für die Lataien im Staatskleid, für den herrschenden Böbel sei ihm keine Satire bissig, kein Hohn blutig genug! Diese Leute, die ihre Ueberzeugung, ihre Begeisterung und ihre Untertanentreue, je nach den zwischen den allerhöchsten Herrschaften bestehenden Familienbeziehungen regulieren, verdienen jede Züchtigung.

### Die Krankenkassenverbände zur Kriegserklärung der Ärzte.

Berlin, den 27. Oktober 1913.

Gegenüber den Beschlüssen des gestrigen außerordentlichen Arztetages haben die Vereinigten Krankenkassenverbände eine Gegenerklärung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

1. Auf dem gestrigen Arztetage haben die Ärzte-Organisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, und es empfahl der Vorsitzende des Leipziger Ärzteverbandes sogar, dies nur gegen Vorausbezahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalstreik diesem gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am

18. Februar 1912 die Ärzteorganisationen offiziell beschlossen haben: „Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Arztetages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen allen kassenärztlichen Lokalorganisationen unerlässlich.“

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgedrungen worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Ärzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarztsystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit bestehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Ärzte nur durch die Organisationen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Abfassung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen; alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkt ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisationen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verfügbaren Ausgaben zu decken. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen so ausliefern, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen nicht verhandeln, diese vielmehr jetzt nur mehr wollen um den sogenannten Herrenstandpunkt einzunehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unabweisbar ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährleisteten Rechten zugunsten der Ärzteorganisation vornehmen wollten. Bezeichnend ist es, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glattweg abgelehnt, sondern fast teilweise abgelehnt wurden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufes den Ärzten soweit entgegen gekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß sich die Beförden und der Gesetzgeber durch die Ärzteorganisationen nicht einschlechtern lassen und unangemessene Forderungen der Ärzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.

Berlin, 27. Oktober 1913.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.  
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.  
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln.  
Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.  
Verband deutscher Finanzkrankenkassen, Hannover.

### Politische Uebersicht.

#### Der Tag der Direktoren.

Im Brandtprozeß sind am Montag eine Reihe von Direktoren der Firma Krupp vernommen worden. Man hat sie über ihre Wissenschaft von den Manieren des Berliner Bureauvorstehers befragt, aber alle wollen nur sehr mangelhaft unterrichtet gewesen sein, und keiner will der Art und Weise, wie Brandt seine Informationen bezog, irgend eine größere Bedeutung beimessen haben. Allerdings fehlt es da nicht ganz an Widersprüchen. Dem Vorsitzenden des Direktoriums, Geh. Finanzrat Hugenberg, ist es wohl bekannt geworden, daß Brandt selbst allerlei moralische Bedenken gehabt hat. Mehr als das, er war sich sogar bewußt, daß die Berichterstattung insofern für die Firma Krupp eine Gefahr bedeutete, insofern als daraus ein öffentlicher Skandal entstehen konnte. Nichtsdestoweniger hat er geizigert, Brandt abzuweisen oder ihm auch nur einen Verzicht auf seinen merkwürdigen Verkehr mit den Feuerwerkern nahezu legen. Herr Hugenberg darf sich nicht wundern, wenn man diese Zurückhaltung sonderbar findet.

Mit einiger Spannung darf man jetzt die Bekundungen des Zeugen v. Meigen erwarten. Es ist bisher schon viel geschähen innerhalb und außerhalb des Gerichtssaales, um den Mann zu diskreditieren. Es wird sich ja herausstellen, inwieweit die gegen ihn erhobenen Anklagen berechtigt sind. Auf alle Fälle aber wird man darauf achten müssen, daß man den Wert seines Zeugnisses nicht durch das Hineinziehen von Dingen herabzusetzen versucht, die mit der Hauptsache nichts zu tun haben.

#### Darf der Kaiser Arbeiterkleider sehen?

Auf seinen schnellen Fahrten kam Wilhelm II. in der vorigen Woche durchs Rheinland. Dabei führte ihn sein Auto auch nach dem industriellsten Städtchen in der Nähe von Köln. In den schwingvollen Berichten der bürgerlichen Presse fehlte natürlich nicht die beliebte Allegorie von den Arbeitern, die vom Schraubstock herbelgeleitet sind, und

en Fürsten lauzend umdrängen. Lieb Vaterland, lauzend ruhig sein! Darob aber scharfe Demonstrationen unter den Arbeitern von Grummersbach. Nicht, daß sie sich gegen die Rolle, die sie die Verichte spielen ließen, gewehrt hätten! So weit sind die dortigen Arbeiter im allgemeinen leider noch nicht. Aber sie hatten den Kaiser gar nicht gesehen; die Gummersbacher Polizei, die ja weiß, was des Kaisers würdig ist, hatte jeden, der in Arbeiterkleidern, ja, der auch nur ohne Heimbürgen gekommen war, hinter die dichtgeschlossenen Reihen der Zuschauer gedrängt. „Die Leute müssen hinten hin!“ hatte der Beschlußhaber kommandiert, und unsere waderen patriotischen Blumenmänner waren schleunigst hinten „versteckt“ worden, wie man beim Militär sagt. Das hat diese Arbeiter gewaltig in Garnisch gebracht, und es ist — o Ironie der Geschichte! — ein extrem nationalliberales Blatt, die „Gummersbacher Zeitung“, die zur Aufrechterhaltung ihres alten Verhältnisses zu den miseliebten Gummersbacher Arbeitern einen Artikel aufnehmen muß (natürlich in dem Teil, für den die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung trägt!), in dem es wörtlich heißt:

Man kommt Beobachten, wie Leute, die in ihrer wertvollen Kleidung und ohne Kragen von ihrer Arbeitsstelle herbeigeeilt waren, um den Kaiser zu begrüßen, von den Aufsichtsbekannt aus den vorderen Reihen der Zuschauer weg und vollständig nach hinten gedrängt wurden. Der Zweck war, die nicht festlich gekleideten Leute dem Blick des Kaisers zu entziehen. ... glaubt man wirklich, durch ein derartiges Vorgehen den patriotischen Sinn unserer Arbeiter zu heben? Nein, durch derartige, nicht zu entschuldigende Maßnahmen wird nur das erreicht, was man bekämpfen will, nämlich: der Sozialdemokratie werden immer neue Anhänger zugeführt. Was nützt gegenüber einem derartigen Vorgehen der behördlichen Organe die Arbeit der Arbeitervereine und der sonstigen auf dem Boden der Verfassung stehenden Staatsbürger? Die Arbeit wird ihnen dadurch wehlich nicht leichter gemacht.

Wir wollen hoffen, daß der Einsender mit seiner Prophezeiung, die gemäßigten Arbeiter würden sich nunmehr eines Besseren besinnen, recht behält.

Aber auch für aufrechte Arbeiter birgt der Besuch unangenehme Erinnerungen in sich. Ein großer Teil der nationalliberalen Gummersbacher Fabrikanten hatte an dem Besuchstage seine Fabriken geschlossen, den Arbeitern aber die verfaulende Arbeitszeit am Lohne abgezogen, so daß es bei vielen Arbeitern in der Besuchswoge noch schmäler zugeht als sonst. Der alte Nebel sagte einmal, er rechne auf eine Kaiserrede ungefähr 100 000 neue Sozialdemokraten. Im Rheinlande wird man ja nächstens sehen, wieviel neue Sozialdemokraten auf einen Kaiserbesuch kommen!

### Von wem braucht sich der deutsche Soldat nicht mißhandeln lassen?

In Berlin ist vor ein paar Monaten der Sergeant Sobaja, ein Sererobahar, wegen Mißhandlung eines Soldaten zu nur drei Tagen Mittelarrest verurteilt worden. Der Fall hat in deutschen Kolonialkreisen stärkste Entrüstung erregt und zwar besonders deshalb, weil die Mißhandlung eines Weißen durch einen Schwarzen gegen das „Rassengefühl“ geht. Das „Rassengefühl“ verlangt anscheinend, daß immer nur Schwarze von Weißen geprügelt werden. In diesem Sinne schreibt die in Tanga (Tasafrika) erscheinende „Usambara-Post“:

So sieht sich die Heeresverwaltung ihre Sozialdemokraten selber groß. ... Uns scheint das Urteil viel, viel zu milde. Leider gibt es dort (in Berlin) keine zweimal hundertzwanzig, die dem Kaiser gebührend. Man lasse ihn doch auch in dem Lande, wo ihm dies wichtige Ingredienz seiner Erziehung winkt. Hätte der Soldat sich die Angriffe des Bastard-Unterschieds nicht gefallen lassen, hätte er dem Rassengefühl nachgegeben, dann wäre er schwer ins Gefängnis gekommen, begründet worden und dergleichen.

## Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

4) (Nachdruck verboten.)

Der Präsident hatte, während er spazieren wollte, das rechte Bein getroffen. Er kam das Ganze wie ein romantisches Abenteuer vor, an welchem sie eine aufrechte, herrliche Freude empfand. Als ihr Reihbold die erste Nachricht von der bevorstehenden Gefahr brachte, war sie wohl erschrocken gewesen — aber Furcht hatte sie keinen Augenblick empfunden; selbst nicht, als schreiende Männer, laufende Reiter, schreiende Kinder von dem Schiffe, welches dem Untergang geweiht schien, in das große Boot hasteten, das auf dem graulichen Wellen auf und ab schaukelte, während von dem offenen Meere her der Abend dunkel und unheimlich heraufzog. — Der hässliche Seemann mit den hell leuchtenden blauen Augen hatte gesagt: es sei keine Gefahr; er wußte es wissen; weshalb sollte sie sich also fürchten? und würde trotzdem die Sache gefährlich werden, so war er der Mann, das Reife im rechten Moment zu treffen und der Gefahr zu begegnen. Dies Gefühl der Sicherheit hatte sie selbst vorher nicht verlassen, als sie in die Brandung hineinfuhr, das kleine Fahrzeug wie eine Kuckucke in den schäumenden Wellen schwand, der tolltische Präsident einmal über das andere: „an Gottes Willen!“ sagte und selbst auf des Vaters ruhigen Gesicht eine Welle von Besorgnis sich zeigte. Sie hatte nur eben einen Blick auf den Mann am Steuer geworfen, und die blauen Augen hatten so hell geleuchtet, wie zuvor, ja heller noch in dem Dämmerlicht, mit dem er ihren fragenden Blick erwiderte. Dann hatte sie sich, als das Boot aufgelaufen war und die Matrosen den Präsidenten, den Vater und die beiden Diener an's Land trugen, an der Spitze stehend, in Begleitung, es mit einem tiefen Sprunge zu versuchen, nämlich von ein paar kräftigen Armen umschlungen gefaßt und war so — halb getragene, halb sich schwingend — ohne den Fuß zu setzen, sie wußte selbst nicht wie, aus dem sichern Ufer gehoben.

Und da stand sie nun, ein paar Schritte abwärts von den verärgerten Matrosen, in ihren Regenschirm gehüllt, im Vollgefühl eines Glückes, wie sie es nie empfunden zu haben glaubte. — War es denn nicht auch wunderbar schön! War ihr das ganze, wühlende, donnernde, unendliche Meer, über dem die schwarze Nacht drohend heraufzog; rechts und links in unerschütterlicher Linie die weißlich schäumende Brandung! Sie selbst unruhig von dem herrlichen furchigen Wind, der ihr um die Ohren flüchtete und in ihren Gemäthern wühlte und ihr einzelne Schäumecken in das Gesicht trieb! Hinter ihr die gepenselhaften Dänen auf dem Meer, noch eben gegen den etwas helleren westlichen Himmel erkennbar, die langen Strandsgräser wüsten und wüsten — wußte sie weiter in das lustige, prächtige Meer, das ja noch lange nicht zu Ende war, nicht zu Ende sein konnte, nicht zu Ende sein durfte! — es wäre ja wunderbar gewesen.

Die Herren traten an sie heran. — Wir haben beschlossen,

hoffentlich verassen die Reichstagsabgeordneten diese Angelegenheit nicht! Der Deutsche hat es nicht nötig, von Schwarzen seine Stammesgenossen malträtiert zu lassen. Wenn in einem solchen Falle eine Insubordination eintreten würde, hätte dafür die moralische Verantwortung allein die Heeresverwaltung zu tragen.

Es wird danach nötig sein, einen rassegefühlsmäßigen Reichspräsidenten für das Militär auszuwählen. § 1. Schwarze werden geprügelt a) von Weißen, b) von Schwarzen. § 2. Schwarzen ist nicht erlaubt Weiße zu prügeln. § 3. Weiße dürfen nur von Weißen geprügelt werden. § 4. Ein Weißer, der von einem Schwarzen geprügelt wird, darf sich aus Rassegefühl wehren. § 5. Ein Weißer, der von einem Weißen geprügelt wird, darf hingegen seine Menschenwürde nicht verteidigen; andernfalls wird er wegen militärischen Aufruhrs bestraft usw.

Wenn wird das „deutsche Rassegefühl“ den Erkenntnisgipfel erklimmen, daß der Deutsche überhaupt nicht nötig hat, sich malträtiert zu lassen?

### Terrorismus in der Deutschen Bank.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten übergibt der Presse die folgende Mitteilung:

Im Verfolge der am 9. Oktober 1913 stattgefundenen Versammlung von über 1400 Beamten der Deutschen Bank hat sich die Forderung zu einer Maßnahme hinreihen lassen, die außerordentlich bedauerlich und geeignet ist, große Erbitterung in den Kreisen der gesamten Beamtenschaft hervorzurufen. Der Sprecher in jener Versammlung, Herr Baron, der als Obmann einer dreigliedrigen Kommission die von der Verwaltung einmündig gefasste Resolution und Gewährung einer Teuerungszulage bezw. Gehaltsregulierung der Direktion übermitteln sollte, ließ auf seine Bitte um Bestimmung eines Termins zur Erledigung des ihm gewordenen Auftrages seitens der Direktion acht Tage lang ohne jede Antwort. Am Vormittag des 17. Oktober bat er in einem zweiten Schreiben die Direktion nochmals um Festsetzung eines Termins zum Empfang der Kommission. Am Nachmittag des gleichen Tages empfing er seine Kündigung. Einmalige Tage später wurde die Kommission nun doch empfangen. Die Forderungen der Beamtenschaft wurden abgelehnt. Die Übernahme der Resolution verweigerte die Direktion mit dem Bemerkten, sie sei es nicht gewohnt, mit ihren Beamten schriftlich zu verkehren.

Es ist auffällig, daß auch jener Teil der bürgerlichen Presse, der gegen das industrielle Scharfmacherium noch ab und zu ein Wort des Protestes findet, diesen Fall brutalsten Terrorismus in der größten Bank des Deutschen Reiches mit jartester Zurückhaltung behandelt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu denen Georg Bernhard in der „Berliner Morgenpost“ gehört, wagt kein bürgerlicher Kritiker gegen die in der Deutschen Bank konzentrierte kolossale Kapitalmacht aufzumucken. Die Bankbeamten aber wollen am nächsten Donnerstag in einer großen Versammlung gegen das Scharfmacherium der Kapitalgewaltigen Protest erheben, und sicher wird die krasse Tatsache, die den Gegenstand dieses Einspruchs bildet, den gewerkschaftlichen Gedanken unter den Bankbeamten besser fördern, als es sonst die gediegenste Beweisführung vermöchte. Wenn die Bankbeamten erst einmal soweit sind, daß sie solche Uebergriffe der Herrenwillkür durch die kollektive Arbeitseinstellung beantworten können, dann werden auch die mächtigen Direktoren von ihrem Geldsack thron herniedersteigen und sich daran gewöhnen, mit ihren Angestellten von Macht zu Macht zu verhandeln.

Eine Novelle zur Befolgsordnung dürfte dem Reichstag demnächst zugehen. Es schweben gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem zuständigen Reichsressort und dem preussischen Finanzministerium über den Umfang der Reform, die im Reich und Preußen übereinstimmend durchgeführt werden soll. Die Entscheidung wird schon in den nächsten Wochen fallen, da für die preussische Befolgsreform die erforderlichen Mittel in den Etat für 1914 eingestellt werden dürften. Für die Befolgsreform der Reichsbeamten werden die Mittel in den Reichsetat

für 1914 noch nicht eingestellt, da Deckungsmittel nicht zur Verfügung stehen.

Der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur ist dem Bundesrat zur Beschlußfassung zugegangen. Es handelt sich um Ergänzungen der Bestimmungen der Gewerbeordnung, nach der gegenwärtig Schriften und Bildwerke, die in sittlicher oder religiöser Beziehung Mergernis erregen, vom Verkauf oder vom Verkauf im Umvertrieb ausgeschlossen sind, während dem Verkauf von Erzeugnissen der Schundliteratur in Läden und ihrer Ausstellung in den Schaufenstern nichts entgegensteht. Dementsprechend sind Ergänzungen zu den §§ 56 und 42a der Gewerbeordnung vorgeschlagen, durch die eine Ausstellung derartiger Gegenstände in Schaufenstern und Läden verboten wird.

Zur baherischen Königsfrage. Die Reichsräte haben in ihrer am Montag nach Schluß der Sitzung stattgefundenen vertraulichen Besprechung in ihrer großen Mehrheit sich dahin verständigt, ihre früheren legitimen Bedenken aufzugeben und die Beibehaltung der Regentschaft in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise zu genehmigen. Eine Regierungsvorlage an den Landtag steht unmittelbar bevor.

Hausabund und Arbeitswilligkeit. Der Geschäftsführer des Hausabundes, Freiherr von Nischhofen, sprach in Köln in einer großen öffentlichen Versammlung über die Richtlinien des Hausabundes, wobei er über den Schutz der Arbeitswilligen ausführte, der Schutz der Arbeitswilligen könne durch technische Maßnahmen auf Grund einer allgemeinen Instruktion, die im Bundesrat ausgearbeitet sei, erfolgen. Ein weiteres Mittel zum Schutz der Arbeitswilligen sei eine Beschleunigung des Strafverfahrens und Anwendung der Strafbestimmungen gegen Terrorismus und Boykott, nicht aber ein Ausnahmegesetz.

Beiseidenheit ist eine Bier! Bei der Nachwahl in Hamburg traten auch die Konservativen mit einem eigenen Kandidaten auf den Plan, der es auf ganze 94 Stimmen brachte. In einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“ wird dieses Resultat als erfreulich bezeichnet und hinzugefügt:

„Dieses Ergebnis, das alle unsere Erwartungen übertrifft, verpflichtet für die nächsten Wahlen die besten Erbk.“

Sozial Beiseidenheit ist im Organ des Herrn Dertel wirklich selten zu finden. Wie lange rechnen die Konservativen, daß es dauern kann, bis sie den Wahlkreis erobern, wenn sie in diesem Tempo weiter wachsen?

Zu einer Demonstration gegen den Hamburger Polizeigeist gestaltete sich am Donnerstag die Abreise des aus Hamburg ausgewiesenen Genossen Karl Steinhart. Viele hundert Freunde hatten sich auf dem Hauptbahnhof eingefunden und brachten ironische Hochrufe auf die „freie“ Danzstadt Hamburg aus. Und als der Zug abfuhr, der Steinhart nach Wien bringen sollte, brauste gar mächtig die Internationale durch die Halle, das traurige Polizeigewalt daran erinnernd, daß keine Macht der Welt den Siegeslauf der Arbeiterklasse aufhalten kann.

Die Dynamitbomber am Zentrumsturm. Auf dem Zentrumsturm für den Regierungsbezirk Koblenz hatten die Abgeordneten Warg und Trunborn heftig gegen die „Quertreiber“ gewettert, die „Dynamitbomber am Zentrumsturm“ legten. Jetzt schreiben die vom Papst und vom Bischof Korum belobigten und in Trier erscheinenden „Petrusblätter“ hierzu: „Man scheint zu glauben, daß jeder, der für die Petrusblätter eintritt, in der schändlichsten Form beleidigt und beschimpft werden darf, ohne daß auch nur der Schatten eines Beweises beigebracht zu werden braucht.“

Und gegen die „Königliche Volkszeitung“, die das Tätigkeitsgebiet der Bischöfe kürzlich in einem Artikel nur auf das Reichsgebiet beschränkt sehen will: „Nur so weiter, „Königliche Volkszeitung“; fahre nur so fort, den von Gott gesetzten Führern die Grenzen ihres Amtes zu ziehen. Das ist wirklich der Anfang vom Ende. So sagt man den Äit ab, auf dem man selber sitzt.“

Der Frieden von Mexiko scheint demnach längst zu einer frommen Sage geworden zu sein.

Es lebe der Zuff! Die „Deutsche Tageszeitung“ plädiert für eine „mäßige“ Steuer auf gewisse alkoholfreie Getränke. In dem Organ der junterlichen Schnapsbrenner erwartet man nichts anderes. Höchstens ist man überrascht, daß die Agrarier sich mit einer „mäßigen“ Steuer auf die nützlichen Getränke begnügen wollen. Aber was heißt „mäßig“? Die Agrarier finden ja auch unsere Wucherzölle „mäßig“.

Zu den babilonischen Landtagswahlen. Das amtlich festgestellte Resultat der Wahl im Kreise Durlach-Land-Eitlingen-Vorheim hat ergeben, daß der konservative Landtagsabgeordnete Bürgermeister Schöpffe nur eine Stimme mehr erhalten hat als die anderen Kandidaten. Da auch diese eine Stimme nicht einwandfrei abgegeben sein soll, dürfte die Wahl Schöpfffes angefochten werden.

„Ehe“, sagte der General, „eine Expedition über die Dänen in das Land hinein zu machen. Das Hühnerdörschen, an welchem das große Boot gelandet, ist beinahe eine Viertelmeile entfernt, und der Weg in dem tiefen Sande dürfte für unsere verehrten Herrn Präsidenten zu beschwerlich werden. Uebrigens würden wir dort kaum noch ein Unterkommen finden.“

„Wenn wir uns nur in den Dänen nicht verirren!“ seufzte der Präsident.

„Dafür bürgt uns die Orislenntnis des Herrn Kapitän“, sagte der General.

„Von einer Kenntnis des Ortes kann ich kaum sprechen, Herr General“, entgegnete Reinhold. „Ich habe ein einziges Mal, und das bereits vor sechs Jahren, von der Höhe dieser Dänen einen Blick in das Land geworfen; aber ich erinnere mich mit Bestimmtheit, in jener Richtung einen kleinen Pachthof oder dergleichen gesehen zu haben. Das Schöpf zu finden, mache ich mich anheißig. Wie es mit dem Unterkommen beschaffen sein wird, wage ich freilich nicht vorauszusagen.“

„Auf keinen Fall können wir hier die Nacht zubringen“, rief der General; „also: er abant! Müß Du meinen Arm, Ehe?“

„Dank, Papa! Ich komme schon hinan.“

Und Ehe sprang die Däne hinan, Reinhold nach, der, vorausgehend, bereits den Kommand erreicht hatte, während der Vater und der Präsident langsam folgten und die beiden Diener mit den Sachen den Zug schloßen.

„Am?“ rief Ehe lustig, als sie, ein wenig atemlos, neben Reinhold angelangt war. — „Eind wir mit unserem Latein auch zu Ende, wie der Herr Präsident?“

„Spazieren Sie nur noch, mein Fräulein!“ erwiderte Reinhold. „Wir ist schon so bei der Verantwortung, die ich übernommen, gar nicht wohl zu Mutte. Dort — und er deutete über niedrigere Dänen weg, in das Land hinein, in welchem Abend und Regensturm Einzelnes nicht mehr erkennen ließen — „auch es sein.“

„Müße es sein, wenn Sie recht hätten! Müßen Sie denn recht haben?“

„Wie zur Antwort auf des Wächters nettsche Frage blühte plötzlich ein Licht auf, genau in der Richtung, in welche Reinhold ausgebreiteter Arm deutete. Ein fenderbarer Schreden durchzuckte Ehe.“

„Verzeihen Sie mir!“ sagte sie.

Reinhold wachte nicht, was dieser Anruf bedeuten sollte. In dem Moment erkamen auch die anderen die zuletzt ziemlich stille Höhe.

„Per alpha ab alpha!“ lautete der Präsident.

„Ich nehme meinen Gut ab, Herr Kapitän!“ sagte der General.

„Es war viel Glück dabei“, erwiderte Reinhold beiseiden. „Und Glück muß man haben!“ rief Ehe, die jene wunderliche Regung schnell überwunden hatte und nun in ihre übermüßige Lasse zurückfiel.

Die kleine Gesellschaft löst weiter durch die Dänen: Rein-

hold wieder voran, während Ehe sich jetzt bei den anderen General hielt.

„Seltsam genug ist es“, sagte der General, „daß der Unfall uns gerade an dieser Stelle der Küste treffen mußte. Ist es doch wahrscheinlich, als sollten wir für unsere Opposition abgestraft werden; und wahrscheinlich, wenn meine Ansicht, daß ein Kriegshafen uns hier nichts nützen kann, auch nicht erschüttert ist, so erscheint mir jetzt, nachdem wir hier selber betnaße Schiffbruch gelitten, ein Hafen denn doch —“

„Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen!“ rief der Präsident; „das mag der Himmel wissen? Und wenn ich an den gründlichen Schlußfassen denke, den mir diese nachlässige Promenade in dem abseitslichen nassen Sande zuziehen wird, und daß ich stattdessen jetzt in einem bequemen Coupe sitzen und heute Nacht in meinem Bette schlafen könnte — so bereue ich jedes Wort, welches ich gegen die Eisenbahn gesprochen und mich darüber mit unseren jämmerlichen Magneten überworfen habe, nicht zum wenigsten mit Graf Goltm, dessen Freundschaft uns gerade jetzt sehr gelegen käme.“

„Wie das?“ fragte der General.

„Schloß Goltm liegt nach meiner Rechnung höchstens eine Meile von hier landeinwärts; das Jagdschloßchen auf dem Goltmberg —“

„Ich erlaube mich“, fiel der General ein; — „der zweite höhere Ufervorsprung nach Norden — rechts von uns. Wie können wir dahin kaum eine halbe Meile haben.“

„Aber sehen Sie!“ sagte der Präsident; „das wäre ja so bequem, und der Graf ist vernünftig dort. Ich habe, offen gestanden, heimlich auf seine Gastfreundschaft gerechnet, im Falle wir, wie ich nur zu sehr fürchte, ein menschliches Unterkommen in dem Pachtstube nicht finden, und Sie Ihre Abneigung, im Wormos anzuhalten — was freilich das Einfachste und Bequemste wäre — nicht aufgeben.“

Der Präsident, der in vielen Absätzen und Leuchend gesprochen hatte, war stehen geblieben; der General erwiderte mit mürrischer Stimme:

„Sie wissen, daß ich mit meines Schwestern gänzlich zerfallen bin.“

„Aber die Frau Baronin ist ja in Stalien, sagten Sie.“

„Sie muß dieser Tage zurückkommen; ist vielleicht schon zu rick, und wäre sie es auch nicht — nach Barnow ginge ich nicht, und wenn es zehn Schritte von hier läge. Bestien mit uns, daß wir unter Dach und Fach kommen, Herr Präsident, oder wie werden zu allen, was wir schon durchgemacht haben, noch nichtig ausgefallen werden.“

In der Tat waren seit einiger Zeit einzelne Tropfen auf den immer tiefer ziehenden Wolken gefallen, und man hatte eben, die Schritte beschleunigend, den Pachtstube betreten und sich zwischen zwei Scheunen oder Ställen über einen sehr ansehnlichen Hof nach dem Hauje durchgetappt, aus dessen Fenster das Licht erglänzte, als der Regensturm, der lange gedauert, in voller Gewalt losbrach.

(Fortsetzung folgt.)





## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Oktober.

### Die Ausschussswahlen der allgemeinen Ortskrankenkasse ungültig!

Wir können heute mitteilen, die Wahl der 40 Ausschusssmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau am 1. September ist als ungültig erklärt worden. Bei dieser Wahl sind zahlreiche Verstöße vorgekommen, die den Wahlauschuss der freien Gewerkschaften veranlaßt haben, beim Versicherungsamt rechtzeitig Einspruch zu erheben und zu verlangen, die Wahl als ungültig zu erklären. Das ist jetzt geschehen. Das Versicherungsamt hebt besonders hervor, die Wahl ist deshalb ungültig, weil Ausschusssmitglieder nicht wählen durften, die keine Arbeitgebergesellschaften vorlegen konnten. Deswegen ein Mitglied vom Wahlsitz zurückzuweisen, das sei unzulässig.

Die Neuwahl der Ausschusssmitglieder ist noch nicht angelegt worden. Es darf wohl erwartet werden, daß diesmal die Ausschusssmitglieder etwas mehr auf dem Posten sind als am 1. September. Damals sind von mehr als 20.000 Wählern 10.000 und 10.000 zur Wahl gegangen. Das ist eine geradezu jämmerliche Wahlbeteiligung! Es war deshalb kein Wunder, daß die christlichen Leute mit ihren paar Hundert herangekehrten Stimmkräften fast die Hälfte aller Sitze eroberten. Solche Dinge dürfen zum zweiten Mal nicht vorkommen. Die Ausschusssmitglieder hat über das Kranken- und Sterbegeld, die Wöchnerinnen-Unterstützung, Familien-Unterstützung und die Höhe der Beiträge zu beschließen. Jedes Mitglied ist bei Krankheit ganz auf die Kasse angewiesen, und mit Recht wird sehr gefordert, wenn das Krankengeld zu niedrig ist. Aber was da fordert, daß die Kasse mehr leisten soll, der bestimmte sich zuerst um die Ausschusssmitglieder und Sorge dafür, daß tüchtige Leute gewählt werden. Wer nicht einmal zur Ausschussswahl geht, hat kein Recht, sich über die Zustände in der Krankenkasse zu beschweren.

Dem Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse möchten wir empfehlen, für die Neuwahl nicht wieder nur ein Wahllokal, sondern mehrere zu bestimmen. Bei mehr als 20.000 Mitgliedern ist ein Wahllokal viel zu wenig. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen gehen doch in der Mittagsstunde oder nach Feierabend zur Wahl. Schon am 1. September herrschte während dieser Stunden im Cafe Restaurant ein furchtbares Gedränge. Wie soll es aber werden, wenn, wie bestimmt zu erwarten ist, der Andrang noch größer wird? Da müssen in allen Stadtteilen genügend große Wahllokale offen stehen, wo jedes Kassenmitglied wählen kann. Das ist auch nötig, um das Wählen zu erleichtern. Die Mitglieder können gewiß mit Recht verlangen, daß ihnen in der kurzen Mittagspause oder nach zehn Stunden harter Arbeit nicht unnötig lange Wege ins Wahllokal zugemutet werden.

### Städtische Anleihen und Schulden.

Nicht weniger als 120 Millionen Mark sollten nach dem Wunsche der einzelnen städtischen Verwaltungen durch eine Anleihe aufgebracht werden. Da hiervon 17 Millionen durch Anleihen zu erreichen sind, und der Magistrat 20 Millionen, die Finanzdeputation 4 Millionen abgestrichen hat, bleiben noch 78 Millionen durch Schuldenmachen zu beschaffen, worüber in einem Sonder-Ausschuss und später in der Stadtverordneten-Versammlung entschieden werden soll.

Obzwar so schlimm, wie die Sache beim ersten Anblick erscheint, ist sie jedoch nicht, weil die Hälfte der Anleihe für verbundene Zwecke erforderlich wird, d. h. für die städtischen Betriebe, welche, wie die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke usw. Nutzen bringen und die jährliche Steuerlast um ungefähr 6 Millionen erleichtern. Wären diese Betriebe in Pri-

vatbesitz, so könnten die verdienten Millionen immer wieder als Rücklagen für notwendige Erweiterungen und Verbesserungen der Werke verwendet werden und nach und nach eine schuldenfreie Wirtschaft erreichen. Hierzu ist aber die Verwaltung der städtischen Werke nicht imstande, da sie für Reservfonds nach der letzten Aufrechnung von 1911 nur etwa 1 1/2 Millionen jährlich benutzen durfte. In entsprechender Weise fehlt dieser Betrag jährlich wieder. Deshalb kann gegen den für verbundene Zwecke verlangten Teil der Anleihe grundsätzlich kein gültiger Einwand erhoben werden. Es wird sich nur darum handeln, in den einzelnen Verwaltungen vorläufig die geeigneten Grenzen einzuhalten, Nötiges zu ergänzen und Überflüssiges zu streichen.

Schlimm genug steht es aber um die für nicht verbundene Zwecke geforderten 39 Millionen. Hier wird die Schuldenwirtschaft verhängnisvoll, weil durch Verzinsung, Tilgung und Anleihekosten, wobei u. a. Banken und Börse ausschüttliche Millionen schürden, viel Geld verbraucht wird. Das wäre nicht nötig, wenn die Ausgaben aus Steuern im Verlaufe der vielen Jahre gedeckt werden könnten. Wenn auch zugegeben ist, daß nicht der gesamte Geldbedarf der Stadt auf diesem Wege kurzerhand geschaffen werden kann und auch unsere Nachkommen einen Teil der Lasten tragen sollen, da ihnen die Früchte der Gegenwart zugehen, ist es immerhin erforderlich, der endlosen Steigerung des Schuldenmachens ernstlich aufzuhaken. Dem steht aber die Steuerlast besonders der zahlreicheren hier und überall entgegen. Schon die Hebung einer Steuer von einem Pfennig, macht sie unweisch. So ist zum Beispiel jüngst ein Antrag unserer Genossen im Dresdener Stadt-Parlament: „den Rat zu ersuchen, Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, für nicht verbundene Anlagen den Anleihebedarf in den nächsten 5 Jahren einzuschränken“ glatt abgelehnt worden, obwohl auch bürgerliche Redner den beschriebenen Zustand bitter beklagten. Hier in Breslau wird sicherlich kein anderes Ergebnis zu erreichen sein. Dabei hat unser Stadtparlament genaugewiegte Rechenmeister, die genau wissen, wie kurzfristig ihr Verfahren ist, und wie sehr sie sich irren, wenn sie mit dem Bedanken: „nach uns die Einkünfte“, die verschwenderischen und riesigen Kosten der Pumpschwärze auf spätere Geschlechter abwälzen. Sie wissen von ihnen sind sogar noch jung genug, um die folgenden Jahre und Jahrzehnte zu erleben, innerhalb denen sie selbst an den schändlichsten Folgen ihrer Engbergigkeit zu tragen und noch Gelegenheit haben werden, die Früchte ihrer Anleihewirtschaft mit zu genießen. Zudem ist nicht daran zu zweifeln, daß die Staatsregierung dieses gefährliche Treiben einschränken wird. Je länger die Schuldenlastung hinausgeschoben wird und je mehr die erhöhten Anleihen den Geldmarkt belasten, desto ärger wachsen die Ausgaben für Zinsen, Tilgung und Kursverluste, so daß der Haushalt durch die Pumpschwärze allzu sehr verteuert wird.

Die erwähnte Zeitschrift des Magistrats bietet in ihrer ausführlichen Bearbeitung eine Fülle von lehrreichen Feststellungen, von denen wir nur noch einige aus dem einleitenden allgemeinen Teile hier wiedergeben.

Im Jahre 1911 betrug das Vermögen der Stadt etwa 235 Millionen Mark. Nach Abzug der Schulden von 117 Millionen ergibt sich ein Reinerwerb von 118 Millionen, wovon 1.892.990 Mark der Zuwachs des vorangegangenen Rechnungsjahres sind. Die größere Hälfte des Gesamtvermögens kommt auf den nach Rücklagen und Abschreibungen in den letzten 10 Jahren um 24 Millionen vermehrten Reinen Wert verbundener Anlagen. Eingegen hat sich das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben der laufenden Verwaltung ungünstiger entwickelt. Große Eingehungen, Erhöhung der Löhne und Gehälter, der Preise für Lebensmittel und Verbrauchsgüter, höhere Ausgaben für Schulen, soziale Fürsorge und Schuldenentlastung erforderten für 1913 bei 43 Millionen Jahresausgaben und 22 Millionen Einnahmen für den Festbeitrag 21 Millionen Mark Steuern. Ebenso ungünstig stellt sich die Betrachtung des oben festgestellten

Reinerwerbs von 118 Millionen, weil dieses seit dem Jahre 1905 nur um 1 1/2 Millionen zugenommen hat, während in derselben Zeit unsere Schulden um 41 Millionen gestiegen sind.

Wenn man dem entgegengehalten wird, daß unsere Schuld den auf den 10. f. des Einwohner (laut Feststellung von 1911) mit 291,72 Mark, viel geringer sind, als in den meisten preussischen Großstädten und Breslau, da nur 3,8 Prozent der Einwohner zur Vermögenssteuer veranlagt sind, keine reiche Stadt ist, so darf daraus bei weitem noch nicht gefolgert werden, daß wir weiter in die endlose Pumpschwärze hineinzuführen berechtigt sind, um die Steuerlast zu erleichtern. Je ärmer ein Mensch ist oder eine Gemeinde, desto gewissenhafter und vorsichtiger müssen beide gerade darin sein. Im Verlaufe der Zeit werden die Opfer für die von allen Seiten anerkannten Kosten der Anleihe, ihre Verzinsung und Tilgung viel verhängnisvoller und kostspieliger, als das Geldbeschaffen durch Steuern. Gesunde Verhältnisse entstehen nur durch möglichsten Wirtschaften aus dem Eigenen.

### Bund der Konfessionslosen.

Es wird uns geschrieben:

Turk die vom „Komitee Konfessionslos“ und den freigeistigen Vereinen veranstalteten Kirchenaustrittsversammlungen ist besonders in den letzten Jahren die Zahl der aus den kirchlichen Gemeinschaften ausgetretenen Personen überraschend gewachsen. Die Bewegung nimmt auch weiterhin ihren Fortgang, da die Erkenntnis zum offenen und ehrlichen Bekennen der religiösen Überzeugung in die weltliche Volkstreue erbaulicher begonnen hat.

Um nun für die Vertretung der religiös- und landesgesetzlich anerkannten Glaubens- und Gewissensfreiheit im öffentlichen Leben einzutreten, und den aus der Konfessionslosigkeit etwa erwachenden Nachteilen entgegenzuwirken, ist am 25. Oktober der „Bund der Konfessionslosen“ gegründet worden. Er will alle Konfessionslosen, die auf dem Boden einer demokratischen Weltanschauung stehen, ohne Rücksicht auf den Stand, Beruf oder die politische Anschauung sammeln, und ihnen mit Rat und Tat Hilfe leisten. Den Vorsitz hat Herr Justizrat Dr. Max Rosenthal in Breslau, Kurfürststraße 18, übernommen. Die Organisationsleitung in allen mit dem Kirchenaustritt und der Konfessionslosigkeit zusammenhängenden Angelegenheiten erfolgt durch den Schriftführer, Ingenieur Leo Arab, Gottschalkstr. 15 (Sprechstunden von 6 bis 7 Uhr abends), Geldsendungen werden von dem Kassensührer, Landesversicherungssekretär Hans Rehner, Auguststraße 7, angenommen. Der Jahresbeitrag beträgt bei kostenfreier Zustellung des Bundesorgans „Der Weg“ monatlich 4 Mark jährlich; der Bund soll in das gerichtliche Vereinsregister eingetragen werden.

**\* Gesundheitsbericht.** In der Woche vom 12. bis 18. Oktober sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 131 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 270 Kinder geboren; davon waren 196 männlich, 74 weiblich, 262 lebendgeboren (119 m., 143 w.), 8 totgeboren (5 m., 3 w.). Mit den 4 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 184 Sterbefälle (85 m., 99 w.), darunter 23 Ortsfremde in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 50 unter 1 Jahr alt (27 männlich und 23 weiblich geboren). An Todesursachen kamen vor: Keuchhusten 2, Tuberkulose 22, Krankheiten der Atmungsorgane 24, Magen- und Darmkrankheiten, Brechdurchfall 25, Selbstmord 4, Unglücksfälle 2, und alle übrigen Todesursachen 105. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 42, Scharlach 21, Ruhr 1, Unterleibstypus 2. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3098, es kamen hinzu 866, es starben 40, es gingen ab 783, so daß am Ende der Woche 3135 verblieben.

**\* Breslauer Jahrschule.** Die letzte Prüfung hielt der stellvertretende Vorsitzende ab, Speibitzer Wilhelm Schneider. Der Jahrschüler Max Bann bestand die Prüfung „recht gut“ und wurde durch ein Büchergehalt ausgezeichnet. Am Montag begann ein neuer Unterricht für ältere Leute.

**\* Der Hauptbühnenmarkt** wird wegen des auf den 19. November fallenden Bußtages erst Freitag, den 21. November, abgehalten. Der Kleinviehmarkt Montag, den 17. November bleibt bestehen.

## Kunst und Wissenschaft.

### Zur deutschen Erstaufführung von „Boris Godunow“

am Mittwoch, den 29. Oktober im hiesigen Stadttheater. Mussorgskys musikalisches Volksdrama spielt in Russland am Ende des 16. Jahrhunderts.

Boris Godunow stammte aus niedrigem tatarischem Geschlechte. Durch seine Schwester Irina, die Gemahlin Ivans des Schrecklichen, kam er an den Zarenhof nach Moskau. Von der Schreckliche erhob ihn nach zum Großfürsten; schon unter der Regierung seines Sohnes Feodor I., der seine Zeit mit Gottesdienst und Gebet hindrachte, kann Boris als Reichsverweser seine ehrgeizigen Pläne nach der Zarenwürde verfolgen. Er macht seine Neider und Feinde in grauenhaften Hinrichtungen unschuldig und verbannt erst Ivans heidnische Gemahlin Marina mit ihrem Edelherrn Demetrius nach Uglitsch, läßt aber bald den angestammten Zarensohn durch Mörder aus dem Wege räumen. Fürst Schischkow, der zur Untersuchung dieses Mordes nach Uglitsch entsandt wird, verheimlicht dem Volke den wahren Mörder aus Furcht vor seiner unbegrenzten Macht. Als Feodor am 7. Januar 1593 stirbt, wird Boris die Zarenkrone angeboten; 6 Wochen lang läßt sich der hinterlistige Waise vom Volke, vom Adel und der Kirche ansetzen, als er sie ganz in seiner Macht glaubt, nimmt er die Zarenwürde an. Am 21. Februar 1598 wird er zum Zar in Moskau gekrönt.

Aber seine Regierung, die westeuropäische Bildung in Russland einzuführen sucht, leidet unter Hungersnot und Pest; der Frieden seines Landes wird durch den Tod des Herzogs von Dänemark, des Bräutigams seiner Tochter Xenia zerstört. Das verwerflichste Ereignis ist der Aufbruch, den ein entlaufener Mönch unter der Maske des ermordeten Zarensohnes Demetrius ansetzt. Mit Bettelmönchen ist er aus seinem Kloster nach Litauen gezogen. Litauen und Polen sind von Altersher aus politischen und religiösen Gründen Feinde Russlands, und hier wagt der falsche Demetrius für seine Anhänger. Eine polnische Magnatin, Marina Mniszech, deren Liebe ihm festsetzt, treibt ihn zum Einfall in Russland. Schon erklärt sich das süßliche Russland für ihn, da stirbt plötzlich Boris, der in Schwermut dem Schicksal des Demetrius nicht entgegen zu gehen wagte und sich in der Hauptstadt verriet, am 13. April 1605.

Sofort wird der falsche Demetrius zum Zaren ausgerufen. Er tötet den kleinen Feodor, den Sohn des Boris, und schändet Xenia. Durch sein anmaßendes Auftreten, noch mehr durch seine Ehe mit der römisch-katholischen Polin Marina und ihre Erhebung zur Zarin empört er die Russen. In die Spitze der Bewegung stellt sich der Fürst Schischkow. Er ermordet den falschen Demetrius und läßt sich selbst als Zaren krönen.

Diese Vorgänge hat Ramstein, der bedeutendste russische Geschichtsschreiber, in klassischer Prosa erzählt, Puschkin zu

einem Drama (Reclam Nr. 2212) verarbeitet. Beide Werke geben Aufschluß die Anregung zu seiner Oper.

Er führt uns das russische Leben seiner Zeit in 9 Bildern vor, die in der Breslauer Bearbeitung in 8 Szenen gespielt werden. Der Inhalt der einzelnen Bilder ist auf der 6. Tafel des Programmheftes der Premiere, das auch eine Einführung in das Leben und Schaffen Mussorgskys bietet, enthalten.

### Neue Ergebnisse der Radiumforschung.

Man kannte bisher etwa 70 verschiedene Elemente, das ist Grundstoffe, aus denen sich alle Körper zusammensetzen, die sich aber ihrerseits nicht weiter in andere Stoffe spalten lassen. Diese große Mannigfaltigkeit stand in krassem Gegensatz zu der von der menschlichen Vernunft geforderten Einheitlichkeit der Materie, die übrigens bereits von dem griechischen Philosophen Plato angenommen wurde. Erst in allerneuester Zeit haben die ungeduldeten Entdeckungen auf dem Gebiete der Radiumforschung diese Anschauung wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt.

Das Radium und alle Elemente, die mit ihm in Beziehung stehen, die sogenannten „radioaktiven Elemente“, sind Stoffe, die sich in freiwilliger Zersetzung befinden. Diese Zersetzung geht so beständig vor sich, daß ganz enorme Mengen von Wärme frei werden; ferner treten dabei Strahlen auf, deren Eigenschaften von denen der bisher bekannten — z. B. der Sonnenstrahlen — vollkommen verschieden sind: Sie gehen nicht nur durch Glas, sondern auch durch undurchsichtige Gegenstände, durch Metalle, glatt hindurch, zerfallen chemische Verbindungen usw.

Die nähere Untersuchung dieser Vorgänge hat die merkwürdigsten Resultate gezeigt: Es zeigte sich, daß man zwei Arten von radioaktiven Umwandlungen zu unterscheiden hat: Einmal solche, bei denen ein Gas, das den Namen Helium führt, austritt, und zweitens solche Umwandlungen, bei denen von den sich zersetzenden Stoffen unendlich kleine elektrisch geladene Teilchen, „Elektronen“, fortgeschleudert werden, und zwar mit einer ungeheuren Geschwindigkeit, die der des Lichtes nahe kommt. (280.000 Kilometer in der Sekunde.) Im Verlauf dieser Umwandlungen entstehen aus den Muttersubstanzen neue leichtere Stoffe, die sich ihrerseits unter den gleichen Erscheinungen weiter zersetzen und so fort. So entsteht z. B. aus dem Uran über vier Zwischenelemente hin das Radium, aus diesem die „Emanation“ und weiter über sieben weitere Stationen endlich das Blei. Solcher Zersetzungsreihen sind bis jetzt im ganzen drei bekannt. Die erste anfangend vom Uran, die zweite vom Thorium und die letzte vom Aktinium.

Auf diesem Wege hat man noch etwa 40 neue Grundstoffe entdeckt, die sich aber von den alten in einem sehr wichtigen Punkte unterscheiden. Diese galten nämlich als unvergänglich, unveränderlich und können es praktisch auch heute noch gelten. Die radioaktiven Elemente dagegen sind, wie wir sahen, fortwährender Umwandlung

und Zersetzung unterworfen. Ihre Lebensdauer schwankt allerdings lokal: Beim Uran beträgt sie Jahrmillionen, bei dem „Aktinium K“ nur Bruchteile von Sekunden.

Nun liegt ohne weiteres der Gedanke nahe, daß auch die früher bekannten Elemente sich im Prinzip ähnlich verhalten, wie die radioaktiven, da sie doch wie diese den allgemein gültigen Gesetzen der Natur gehorchen. Das würde also bedeuten, daß alle Grundstoffe sich ineinander umwandeln, die einen sehr rasch, die anderen langsam, andere endlich so langsam, daß wir es mit unseren heutigen Mitteln gar nicht feststellen können. Das Endprodukt all dieser stufenweisen Umwandlungen wäre dann zuletzt die — Umaterie.

Diese auf den ersten Blick so kühne Hypothese hat eine Stütze gefunden in der Entdeckung aus allerneuester Vergangenheit, daß auch von den alten Grundstoffen zwei, das Kalium und das Radium, radioaktive Eigenschaften zeigen.

Eine weitere große Entdeckung, auf die hier noch kurz eingegangen werden soll, verdanken wir ebenfalls der Radiumforschung, und das ist die endgültige Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kraft (Energie) und Stoff (Materie).

Es wurde bereits erwähnt, daß bei der einen Art radioaktiver Umwandlungen von dem sich zersetzenden Element allerfeinste elektrisch geladene Teilchen, „Elektronen“, ausgeschleudert werden. Diese sind nun nicht etwa nur elektrisch geladene Massenteilchen, — in diesem Falle müßte ja das Gewicht des zerfallenden Stoffes wesentlich abnehmen — es ist vielmehr Elektrizität an sich, elektrische Energie selbst! Das geht auch aus ihrem übrigen physikalischen Verhalten mit fast vollkommener Sicherheit hervor. Wir können hier also zum ersten Mal vor einer direkten Umwandlung von „Materie“ in „Energie“, die natürlich überhaupt dann nur denkbar ist, wenn beide lediglich verschiedene Erscheinungsformen einer und derselben Sache sind. Und weiter, da wir diese Elektronen aus den verschiedensten Grundstoffen und auf ganz verschiedenen Wegen — beispielsweise auch bei den Röntgenstrahlen — erhalten können, so drängt sich uns der Gedanke auf, daß wir hier die Urform des Stoffes, die Einheitsmaterie, vor uns haben.

## Breslauer Schauspielhaus.

Am Sonnabend wurde Jarno's „Farmer Mädchen“ in einer teilweise Umfassung zum 5. Male vor gut besetzter Pause gespielt. Fr. W. B. spielte nicht nur das entschlossene Farmer mädchen recht überzeugend, sondern war auch gesanglich gut. Das selbe Lob darf auch Herr Brunner für sich in Anspruch nehmen. Angenehm fiel seine gute Aussprache auf, was besonders hervorzuheben, weil das Orchester sich so ziemlich der Zurückhaltung befleißigte. Aus der übrigen schon bekannten Besetzung sei noch die gute Leistung des Fr. Fidler erwähnt. Das gut besetzte Haus ließ sich außer einigen Schlagnern auch das Vorpiel des dritten Aktes wiederholen.

### Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Breslau, das arme, kongressgeplagte Breslau, das sich in diesem gesegneten Jahre der "Nachhundertfester" vor Hoch und Kurras, Reden und Ansprachen diverser Landesväter nicht zu lassen weigerte, hat nun am Schluß der Saison, gewissermaßen als Abschluß des Nummern, auch noch den schiedlichen der Breslauer über sich ergehen lassen müssen: der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie tagte nämlich hier am 26. Oktober in den Kammermusikhallen.

Großes Geil ist dieser famosen Veranstaltung in letzter Zeit widerfahren. Ein weltlicher Gollenzollernprinz trat ihr bei. Der junge Mann sah schon längst n. r. Schmerzen, wie Jammervoll es mit der Lieberlichen Gründung bestellt ist. Sehr richtig sagte er sich, daß dieser Reichsverband in den Händen so ungeschickter Kommiss nicht bestehen kann. Das Publikum läßt sich eben auf die Dauer keinen Schund in die Hand drücken, und geht einfach zur Konkurrenz, wenn es nicht anständig bedient wird. Da hat der Sohn des Kaisers ganz recht, wenn er endlich mal zum Rechten sehen will. Ob es freilich viel helfen wird? Das ganze Geschäft ist eben faul und die blödeste Reklame, möge sie durch gebäuertes Papier oder durch einen lebhaftigen Prinzen erfolgen, wird das Vertrauen der abgesprungenen Kunden nicht wiederherstellen.

Ja, die Firma hat ihren Kredit verloren, das ist der wesentliche Mangel, der aus der Begrüßungsrede des Herrn v. Dittien hervorging.

"Nicht haben wir unsere Versammlungen in Berlin abgehalten; jetzt gehen wir damit auch in die Provinz, um auch hier eine stärkere Werbekraft zu entfalten. Denn so bestrebt es Klingt — unser Kurras ist nicht so groß, als er nach der Lage der Verhältnisse sein müßte."

Das ist recht deutlich. Wie gemein von den Sozialdemokraten, daß sie sich nicht so ohne weiteres vernichten lassen wollen. Könnten sie nicht hübsch stille halten? Sogar auf den Staatsanwalt ist heute kein Verlaß mehr. Er mag es nicht einmal, einen Umstürzler anzulagen. Das sind natürlich Schwächen und Schwächen, die jeden "Patrioten", dem das Geschäft vor Recht geht, entnervt müssen.

"Deshalb müssen wir nach oben sagen", so ruft Piffen begeistert aus, "wir können nicht mehr weiterarbeiten, wenn wir bei Euch nicht mehr Verständnis finden! Ich habe Gelegenheit gefunden, dies der Regierung vorzutragen, und diese hat erklärt, sie würde es als Unglück betrachten, wenn der Verein nicht mehr arbeitete. Aber diese platonische Liebe genügt nicht. Es bedarf der Initiative in der Gesetzgebung und Verwaltung, und es ist hohe Zeit dazu!"

Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, dann ist ein solider Balken natürlich ein weit besseres Rettungsmittel als ein Strohhalmchen. Darum kann man es Herrn v. Dittien nicht verdenken, wenn er dem Sojone wenig zutraut und gar schmerzhaft nach dem Vater schreit. "Einen Führer müßte ich, der uns da helfen könnte, dessen Temperament und Genie es gelingen würde, den Kampf zu gewinnen — aber dieser Führer ist leider nicht zu haben, denn es ist Seine Majestät der Kaiser, der sich nicht in den Kampf der Parteien stellen kann."

Leider! — Aber todesunwürdig wie jener amerikanische Matrose, der sich aus dem Wasser ins Meer stürzte mit dem Rufe: "Ich sterbe für den General Jackson!" so stürzt sich auch Piffen in die rote Hochflut, indem er schreit: "Müssen wir nun aber auch darauf verzichten, unter diesem Monarchen zu kämpfen, so kann er uns doch nicht verwehren, für ihn zu kämpfen!"

Das ist ein Selberrmut, der eines Homer würdig ist.

Nach ihm entledigte sich Herr Grünner, der hiesige konservative Wahlmänner, seiner patriotischen Gefühle. Dann folgten noch eine ganze Reihe anderer, die es ebenfalls so bezeichnend nötig hatten, daß sie es kaum aushalten konnten. Remerensdorffs fürbette aber nur Erzherzog Freiherr v. Siffing der Jugendgeneral, zu Tage. Er meinte:

Die Sehnsucht nach Hilfe der Regierung ist berechtigt, aber ihre Mangel darf uns nicht verjagen lassen. Durch Selbsthilfe müssen wir der Regierung verschaffen, was sie braucht, um uns dann helfen zu können: eine andere Zusammenfassung der gesetzgebenden Körperschaften. Ueber diesen Punkt hat der Reichskanzler eingehend mit mir gesprochen, denn auch er wünscht einen Schutz gegen den sozialdemokratischen Terrorismus und besonders einen Schutz der Arbeitswilligen. Aber er legt mir die Frage vor: "Wie soll ich das mit diesem Reichstag erreichen, in dem nicht einmal die sogenannten konservativen Parteien vollständig einig wären über den Nutzen und Zweck einer solchen Maßregel?" Wir können also vorläufig nichts Besseres tun, als energisch und ausdauernd unsere Ideen zu verbreiten, wenn wir die rote Flut eindämmen und bekämpfen wollen. Und ferner müssen wir immer mehr die Jugend für uns gewinnen und sogar in die Hochburgen der Sozialdemokratie eindringen, um dort zu versuchen, die Jugend wieder ihren natürlichen Kräften zu entreißen. Nehmen Sie sich deshalb mit uns der Jugend an; wenn wir die Jugend aller Stände in Massen zusammenfassen können, ist unsere Zukunft gesichert!"

Namlich kriegte der tapfere General hümmchen Beifall.

Zu lieber Himmel! Seit zehn Jahren beredet der arme Reichsverband seine Ideen, und der Erfolg ist das Anwachsen der Sozialdemokratie um fast das Dreifache. Wenn er jetzt noch eintrifft und in gleicher Weise fortarbeiten will, wird ihm niemand dankbarer sein als wir. Daß aber der Herr General die Jugend offen in den politischen Kampf hineinzuziehen will, ist weder strategisch noch diplomatisch klug. Wir sind freilich überzeugt, daß er an der Spitze solcher Truppen ganz an seinem Platz ist. Er wird in dem Anberufungszug gegen die Sozialdemokraten seine enormen militärischen Talente zur Ehre der Reichslandeskassen lassen. Ob freilich seine Militäranführer die kühnsten Schlagen werden, das ist fraglich. Es handelt sich hier doch um keine Rundenkämpfe. Diplomatisch ist die schöne Rede der Erzherzogs insofern nicht, als er dem Jugendführer ein Bündnis eines ausgesprochen politischen Zweiges anbot.

Armer General! Kurz vor der Entschuldigungsphase wird der Staatsanwalt mit Kränen in den Augen seine schwere Hand auf Deine Schultern legen. Er wird sie im Namen des Kaisers aufheben und in alle Winde verstreuen. Ich selbst aber wird er zum abschreckenden Beispiel für jeden braven Patrioten in eine geschlossene Gesellschaft führen, in der Du, nicht im traurigen Verein mit einem sozialdemokratischen Redakteur, freilich Hilfe finden wirst. Denn Du hast wider die Gesetze des

Staates gesündigt, die den Jugendlichen unter 18 Jahren jede politische Tätigkeit verbieten.

Ober gilt dies Gesetz nur für Sozialdemokraten?

### Die Sittlichkeitsverbrechen vor Gericht.

In der vielbesprochenen Breslauer Sittlichkeitsaffäre begann heute früh vor der I. Strafkammer die zweite Verhandlung gegen fünfzehn Männer, deren Namen wir bereits veröffentlicht haben. Die Anklage gegen sie alle lautet auf Vergehen gegen § 176, Absatz 8 (Vornahme unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren). Nur einem Baderdiener wird außerdem noch Ruppelet zur Last gelegt.

Nach Verteilung der Eröffnungsbeschlüsse beauftragte Staatsanwalt Semies die Öffentlichkeit wegen Befreiung der Sittlichkeit auszusprechen. Justizrat Mamroth stellt dem Gericht anheim, die Pressevertreter während der Beweisaufnahme nicht auszusprechen, damit durch eine sachgemäße Berichterstattung der "überschüssigen Sensation" vorgebeugt werde, die durch diese Angelegenheit hervorgerufen sei. Das Gericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Mundry lehnte diesen Antrag ab, worauf alle Unbeteiligten hinausgehen mußten. Da die beiden Siretzen der Anklagebank nur zwölf Personen aufnehmen, mußten einige Angeklagte auf der Zeugenbank Platz nehmen. Bei einem Angeklagten war die gesetzliche Ladungsfrist nicht gewahrt worden, weshalb die Sache auf Antrag seines Verteidigers abgewiesen wurde. Der Angeklagte, der auf freiem Fuße ist, konnte sich entfernen. Der Termin gegen ihn wird später angehängt werden.

Der größte Teil der Angeklagten wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Andrang der Neugierigen war ganz außerordentlich stark. Am Schalter der Voranmelder entstand bei der Ausgabe der Eintrittskarten ein fast lebensgefährliches Gedränge. Nach Ausschluß der Öffentlichkeit räumten die Schulkinder den Gerichtssaal. Wer keine Zeugenurkunde zeigen konnte, wurde aufgefordert, sich zu entfernen. Die Angeklagten sind alle durch Verteidiger vertreten. Auch die Verteidiger haben recht nicht aus, allen in der Sache beteiligten Anwälten Platz zu bieten. Wir werden morgen über das Ergebnis der Verhandlung wieder ausführlich berichten.

Für die Gerichtsverhandlung sind zwei Tage, Dienstag und Mittwoch, in Aussicht genommen. Da als Hauptzeugen wieder die beiden Mädchen Emma Seidel und Klara Bröcklich vorgeladen sind, ist die Verhandlung gegen sie wegen "gewerbsmäßiger Unzucht", die heute vor dem Jugendgericht sein sollte, auf Anfang November vertagt worden.

### Nicht gesehen und noch bestraft.

Während der Kaiserfeste im August gab es im Landeshause auf der Gartenstraße auch ein großes Festessen. Als der Kaiser in der ersten Abendstunde ins Schloß zurückkehrte, standen selbstverständlich auf der Schmiedinger- und Gartenstraße die unvermeidlichen Durraufschreier. Auch ein Kaufmann aus Dresden wollte den Kaiser sehen. Er kam jedoch um den erhofften Gewinn, weil ihn ein Schuttmann barich von seinem Wege fortwies. "Aber erlauben Sie mal gültig", meinte der Kaufmann. "Sie sehen doch, daß ich zur Versicherung des Oangens durch meine Wenigkeit beitrage", worauf der Schuttmann aber nichts gab. Da der Kaufmann trotz scharfen Zusassens des Schuttmanns nicht gehen wollte und auch nicht gehen konnte, weil er unter den vielen Zuschauern tatsächlich wie eingepfercht stand, nahm der Beamte den Kaufmann mit auf die Wache und stellte dort seinen Namen fest. Nachträglich bekam der Kaufmann einen polizeilichen Strafbescheid über 3 Mk. "wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen". Dagegen erhob er Einspruch und beantragte vor dem Schöffengericht seine Freisprechung. Ein als Zeuge vernommener anderer Kaufmann konnte eidlich bestätigen, daß während des fraglichen Vorfalls "ein fürchterliches Gedränge" geherrscht hat. Die Schulkinder, so meinte der Zeuge, hätten ungeachtet dieses Umstandes sehr wenig Rücksicht walten lassen; jeder, der nicht gleich gehorcht, wurde unanft herumgestoßen. Wie sich der zur Anklage stehende Vorgang im einzelnen abgebeht hat, konnte der Zeuge nicht befeunden. Der Antragsanwalt beantragte die gerichtliche Bestätigung des Strafbescheids. Nach seiner Meinung lag es in der Natur der Sache, daß bei solchen Gelegenheiten die Polizei nicht mit leichten Handgelenken zurechtkommen kann. Das Gericht erkannte auf drei Mark Geldstrafe. Der Vorsitzende Amtsrichterrat Kugler gab dem Angeklagten den guten Rat: "Bei solchen Gelegenheiten ist das Beste, man acht überhaupt nicht auf die Strafe. Wer sich in soichem Gedränge nicht hinstellt, kommt auch nicht in die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Schulkindern." Ganz unsere Meinung.

### Ein sonderbarer Beleidigungsprozeß.

Im Sommer 1913 hatte sich ein Monteur vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen zu verantworten. Die Sache endete mit der Verurteilung des Angeklagten. Während der Beweisaufnahme hatte der Verteidiger des Monteurs den Beleidigungszeugen gefragt, ob es wahr ist, daß ihn vor Jahren ein hiesiger Metzler wegen Diebstahls entlassen hätte. Die Frage, die der Verteidiger gestellt hatte, um die Glaubwürdigkeit des Zeugen zu bezweifeln, wurde von diesem unter dem Eide verneint. Gleich nach dem Termin stellte der Zeuge, der sich durch die Frage beleidigt fühlte, einen Straf Antrag gegen den Verteidiger. Es kam aber nicht zur Anklage, weil ein Rechtsanwalt vor Gericht solche Fragen an einen Zeugen stellen darf und der Anwalt aus garrichtig daran gedacht hatte, den Zeugen zu beleidigen, sondern nur den Angeklagten zu beleidigen wollte.

Daß die Staatsanwaltschaft aber erfährt, daß der Angeklagte seinem Verteidiger von dem angeblichen Diebstahl des Arbeitswilligen erzählt hätte, wurde gegen den Monteur eine Anklage wegen verlesender Beleidigung erhoben. Der Staatsanwalt sagte sich, jeder Monteur hat seinen Verteidiger nicht nur haben Kenntnis gegeben, sondern er habe ihn auch ermächtigt und beauftragt, den Zeugen durch die erwähnte Frage in den Augen des Gerichts und aller Anwesenden herabzusetzen. Er fand jetzt vor dem Schöffengericht. Da der Diebstahl des Zeugen nach Angabe des Angeklagten schon etwa 10 Jahre zurückliegt, und sich der als Zeuge gehörte Metzler, bei dem der Arbeitswillige damals beschäftigt war, jetzt auf nichts mehr erinnern konnte, mißglückte der Wahrheitsbeweis.

Damit war aber noch lange nicht bargetan, daß der Monteur wider besseres Wissen behauptet hat, der Zeuge habe vor zehn Jahren gestohlen und sei deshalb sofort entlassen worden. Mit großer Bestimmtheit versicherte er, sich das nicht aus den Jüngern gelogen zu haben; er wisse sich genau zu erinnern, daß der Zeuge damals zum Verbünden von Köhler nicht sei — das ihm dazu geliefert wurde — verstanden hat, sondern Holz. Aus der Tatsache, daß der Zeuge gleich darauf entlassen worden ist, habe er (der Angeklagte) geschlossen, der Zeuge habe einen Diebstahl begangen. Der Staatsanwalt ließ das nicht gelten; er hielt die Anklage aufrecht und beantragte jedoch fünf Mark Geldstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten wies darauf hin, wenn man dazu gekommen ist, die Anklage gegen den Rechtsanwalt mit Recht stellen zu lassen, so sei es nicht gut zu verstehen, warum der Angeklagte, dem es doch sehr sehr darauf angekommen ist, sich selbst zu schützen und nicht den Zeugen zu beleidigen, heute dafür bestraft werden soll. Das Gericht war der Ansicht, verlesender Beleidigung liegt nicht vor. Im übrigen steht dem Angeklagten der Schutz des § 193 R.-Str.-G. (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite. Der Monteur wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

\* Aus dem Schulausschuß. Der Magistrat will vom 1. April 1914 an einen Zeichen-Inspektor für die Volks- und Mittelschulen anstellen, der seine ganze Kraft dem wichtigsten Zeichen-Unterricht in den hiesigen Volks- und Mittelschulen widmen soll. Der Schulausschuß hat jedoch in seiner Sitzung am Montag beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, keinen Zeichen-Inspektor anzustellen. Mit dem Vorschlag des Magistrats, Räume für die Fortbildungsschule im Konzerthaus auf der Gartenstraße zu mieten, erklärte sich der Ausschuss einverstanden, ebenso mit einer Befolgsanordnung für Volksschullehrer, die an Mittelschulen beschäftigt sind.

\* Als gerichtliche Sachverständige sind im allgemainen vereinbart worden: Für Angelegenheiten aus dem Gebiete des Hochbaues der Architektur und Maurermeister Eugen Hallpaap, für Schuhmacher- und Sattler-Verarbeiten der Kaufmann Sigismund Laboschiner, für Flachsbau, Gans und Weide der Kaufmann Hermann Wlunier, für Mehl und Mahlprodukte der Kaufmann Rudolf Jwand, für Fleis der Direktor der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Schlefien, e. V. b. Johannes Figgge, für vegetabilische und Mineralöle der Kaufmann Sally Glatz, für Chemie und Mikroskopie der Chemiker Dr. Otto Padurek, für landwirtschaftliche Angelegenheiten als Kreisrat der Ritterpächter Georg Paendler in Weidenhof bei Breslau, für landwirtschaftliche Angelegenheiten der Oberamtmann Max Schula, für Strohhack, Hähel und andere Kaufmuttermittel die Kaufleute Fritz Hiller und Robert Pitman, für Handwaffen und Munition der Wächermachermeister Georg Roth.

\* Flieger in Breslau. Montag nachmittag trafen auf dem Sandauer Grezlerplatz Leutnant von Blane als Führer und Oberleutnant Bohndorf als Beobachter auf einem L. v. G. Doppeldecker von Gera nach einem dreistündigen Flug an. Die beiden Flieger wollen heute nach Tainzig weiter fliegen. Leutnant Carganico ist auf einem Heberlandflug in Grawditz eingetroffen und beabsichtigt, von dort nach Breslau zu fliegen. Von Gera aus ist für Dienstag bereits ein Flug des Oberleutnants Casner und des Leutnants Wöhmer nach Breslau angekündigt, und schließlich hat Referendar Calvar, der kürzlich von Hamburg nach Breslau kam, dem Schlesischen Aero-Club mitgeteilt, daß er beabsichtigt, die Luftreise nach Breslau zu wiederholen. Alle Flieger bewerben sich um die Nationalflugpreise, deren Wettbewerb nur noch bis zum 31. Oktober eröffnet ist.

Wie uns der Schlesische Aero-Club weiter mitteilt, ist auf dem Luftfahrertag in Leipzig von den ostdeutschen Vereinen für den 1914 ein ostdeutscher Rundflug, der sich über die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen erstrecken soll, angemeldet worden.

\* 79 Jahre Freiburger Eisenbahn. Am 29. Oktober befeht die Freiburger Bahn siebzig Jahre. Der Bau der Bahn durch eine Aktiengesellschaft begann im April 1842; am 29. Oktober 1843 wurde die Bahnstrecke Breslau-Königszell-Freiburg mit einer Länge von 57,51 Kilometer eröffnet. Im Jahre 1844 wurde die Zweigbahn Königszell-Schweidnitz, 10,18 Kilometer lang, dem Verkehr übergeben, 1853 die Linie Breslau-Königszell-Freiburg bis Weidenburg verlängert um 17 Kilometer. Im Jahre 1855 baute man die Bahn von Schweidnitz über Reichenbach bis Frankenstein (39 Kilometer) und die Linie von Königszell über Striegau nach Liegnitz (46 Kilometer). Durch die Freiburger Bahn, also vor siebzig Jahren, entstand das Tor-Königszell. Die Bahn wurde 1881 verstaatlicht; der Staat zahlte an die Gesellschaft 134,634 Millionen Mark und übernahm 121 Lokomotiven und 3137 Wagen.

\* Ein Kind von der Elektrischen überfahren. Montagsmittags gegen 12 1/2 Uhr wurde auf der Scheitnigerstraße, unweit der Alhornstraße ein siebenjähriges Mädchen, das noch nicht vor dem herannahenden Zuge über den Straßenrand laufen wollte, vom Straßenbahnzuge erfasst, zu Boden geschleudert und geriet mit einem Fuß unter das Schuttbrett. Um die Verunglückte aus ihrer schrecklichen Lage zu befreien, mußte erst der Motorwagen gehoben werden. Man brachte die Verletzte sofort in die Chirurgische Klinik auf der Hauptstraße. Hier wurde festgestellt, das Kind hat außer anderen Verletzungen einen Oberschenkelbruch erlitten. Die Verunglückte ist die Tochter einer Scheitnigerstraße 41 wohnenden Witwe.

\* Dachstuhlbrand. Montag vormittag gegen 10 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach Dittosstraße 1a gerufen. Hier war ein bisher unauffälliger Dachstuhlbrand entstanden, der sich rasch ausbreitete. Die Wehr griff das Feuer sofort mit zwei Schlauchleitungen an; beide wurden von der Motorpumpe gespeist. Es gelang es bald, das Feuer zu löschen. Das Ablöschfen im einzelnen und die Aufräumungsarbeiten dauerten noch über eine Stunde. Es brannten mehrere Bodenkammern aus, wo eine Menge altes Gerümpel lagerte. Die Ursache konnte nicht ermittelt werden.

\* Schwere Einbrüche. In vergangener Nacht sind Einbrüche in zwei Grundstücke auf der Gartenstraße vermutlich von denselben Dieben oder doch von Mithgliedern derselben Diebesbande ausgeführt worden. In dem Automatenrestaurant, Bahnamt, Gartenstraße 69, sind die automatischen Kassen und daraus etwa 350 Mk. Geld in Zehnflümmigkeiten gestohlen worden. Vermutlich haben dieselben Einbrecher bald darauf auch dem Grundstück Gartenstraße 53/55 einen Besuch abgestattet. Heute früh kurz vor 6 Uhr beobachtete der Hausmeister vom Lieblich-Etablissement im Garten einen Mann. Er rief den Wächter der Wache und Schließgesellschaft herbei, und als sich nun beide dem Fremden näherten, wollte dieser über den Gartensaum auf die Theaterstraße entweichen. Es wurde ihm aber der Weg verlegt; er flüchtete nun über die Feuerleiter auf das Dach des Residenzfloros und verschwand hier. Man vermutete, daß er die Treppe empor auf den Boden des Hauptgebäudes geschlüpft sei. Mit Hilfe eines Schuttmanns wurden deshalb sämtliche Bodenträume abgeklüft, der Flüchtige jedoch nicht gefunden; wahrscheinlich ist es ihm gelungen, den Wahnbaum zu ersteigen und von dort aus zu entfliehen. Es wurde dann festgestellt, daß der Flüchtige bereits Einbrüche in dem Grundstück ausgeführt hatte. Er war zunächst in den Kleiderabteilraum von Lieblich-Etablissement gelangt, hatte dort ein Kull erbrochen und zwei Opengalfer gestohlen. Dann gelangte er in die Küche, erbrach dort verschiedene Behälter, fand aber keine weitere Beute. Dann ist er vermutlich in den Hof gegangen und von dort aus über die Feuerleiter auf das Dach des Residenzfloros gelangt, um von dort durch den Lichtschacht in den Vortragssaal zu dringen. Nachdem er sich im Nebenraum an dort aufgestellten Speifen satt gefressen, erbrach er im Saale einen Automaten, in dem er aber nur etwa 2 Mk. Geld vorfand. Dann hat er im Kontor die Registrierkasse erbrochen, die aber leer war, und zuletzt noch eine Schreibmaschine gewaltsam geöffnet. Als er wieder zurück über das Dach in den Garten hinabgeflüchtet war, ist er vom Haushalter bemerkt worden. Nach der Beobachtung der Verfolger ist der Flüchtige ein schlanker Mann gewesen.

\* Schwere Zusammenstoß. Auf dem Blücherplatz, Ecke Neuschloßstraße, stieß am Sonntag ein Straßenbahnzug mit einer Droßke zusammen. Der Anprall war so heftig, daß die Droßke zur Seite geschleudert und schwer beschädigt wurde. Auch der Motorwagen wurde in seinem Vorderende erheblich beschädigt. Es entstand durch den Zusammenstoß eine halbseitige Verkehrsstörung. Fahrgäste sind glücklicherweise nicht verletzt worden.







August Bebel in Japan.

Genosse S. Katahama veröffentlicht in der „Neuen Zeit“:

Wie bisher, so ist es auch jetzt noch verboten, den Sozialismus in Japan zu lehren, und die Sozialisten werden als Ausgestoßene betrachtet und von aller Welt verachtet.

Aber in eben diesem Japan war der Name August Bebel eine Macht. Als hier die Nachricht seines Todes bekannt wurde, wurde über Bebel's Leben und Wirken in der Presse des ganzen Landes geschrieben und sein Bild veröffentlicht.

Wie haben eine Versammlung zu Ehren des verstorbenen Genossen Bebel in dem Hause abgehalten, in dem Genosse Nummer während seines Aufenthaltes in Tokio abgehalten wurde.

Wir haben eine Versammlung zu Ehren des verstorbenen Genossen Bebel in dem Hause abgehalten, in dem Genosse Nummer während seines Aufenthaltes in Tokio abgehalten wurde.

Obgleich wir von den Behörden ebenso wie früher verfolgt und überwacht werden, breitet sich der Sozialismus dennoch mehr und mehr über ganz Japan aus.

Aus aller Welt.

Dem „Titanic“-Schicksal mit knapper Not entgangen.

Der in Liverpool aus Kanada eingetroffene Riesendampfer „Teutonia“ von der White-Star-Line ist durch die Geistesgegenwart eines Offiziers dem Schicksal entgangen, dem im April 1912 sein Schwesterschiff, die „Titanic“ zum Opfer gefallen ist.

Meuterei auf einem Dampfer.

Aus Triest wird gemeldet, daß auf dem italienischen Dampfer „Vera“ im Mitteländischen Meere eine Meuterei zum Ausbruch kam, bei der der Kapitän, sieben Matrosen und ein Passagier schwer verwundet wurden.

Das Brack des „Vulturino“. Der Dampfer „Charvold Sabine“ meldet durch Funkenspruch nach Kap Izard, daß er das Brack des „Vulturino“ unter 67 Grad nördlicher und 38 Grad westlicher Länge angetroffen habe.

Schweres Baumglück. Bei einem Neubau in Frankfurt a. M. in der Sophienstraße stürzte am Montag nachmittags ein großer Quaderstein ab, durchschlug das Gerüst im zweiten Stockwerk und riß vier Arbeiter mit in die Tiefe.

gegenüber hervorgerufen. Im Ausland nimmt man an, die Ursache sei ein nationalistischer und telegischer Drang gewesen. Aber das war wenigstens beim Volke nicht der Fall, das die große Demonstration im Sibiya-Park unternahm und das Ministerium des Inneren und das Haus des Ministers des Inneren angriff.

Jedenfalls hat die demokratische Bewegung gut begonnen, und sie wird immer mehr wachsen. Unser Volk ist zur Erkenntnis der Wirkung von Demonstrationen gekommen. Die letzte Demonstration wurde ohne Führer ganz gut durchgeführt, denn die Polizeibehörden mischten sich nicht ein, weil sie eine Wiederholung der Zerstörungen im Februar fürchteten.

Der zweite Krupp-Prozess.

Berlin, 27. Oktober 1913.

Der heutige vierte Verhandlungstag des Krupp-Prozesses brachte wieder eine interessantere Verhandlung. Auch der äußere Eindruck ist ein anderer wie am Sonnabend.

Die Direktoren der Firma Krupp

Als erster Zeuge wird der Vorsitzende des Direktoriums der Firma Krupp, Geh. Finanzrat Eugen Berg, aufgerufen. Er gibt zunächst einen Überblick über die Art, wie die Geschäfte bei der Firma Krupp geführt werden und bekundet weiter, daß Direktor Cecius im Jahre 1912 schwer erkrankt war, sodas er längere Zeit aus der Firma völlig ausgeschieden sei.

und Mehen hätte ihm das Herz schwer gemacht, daß seine Richterstattung nicht einwandfrei sei. Er sagte, Brandt habe ihn erregt gefragt, ob er seine Stellung verlieren würde, wenn er die Richterstattung einstelle.

daß er seine Stellung unbedingt verlieren würde, wenn etwas vorgekommen sei, das nicht in Ordnung war. Mehen erklärte in jener Richterstattung noch weiter, daß man auf die Richterstattung gänzlich verzichten könne, da sie absolut wertlos sei.

einen öffentlichen Skandal heraufzubeschwören

und war sich ferner klar, daß bei einer öffentlichen Verhandlung der Angelegenheit die Dinge im schwärzesten Lichte erscheinen würden. Ob Direktor Mehen feststellte, auf welche Weise Brandt in den Besitz seiner Berichte kam, kann der Zeuge nicht sagen.

zwischen dem Oberstaatsanwalt und dem Zeugen.

Der Oberstaatsanwalt greift darauf zurück, daß der Zeuge gesagt hat, ihm wäre von einer absoluten Schweigepflicht der Militärbeamten nichts bekannt. Die dem Zeugen früher, als er noch Vortragender Rat im Finanzministerium war, unterstellten mittleren Beamten hätten doch Dinge, die einen Geschäftsmann interessieren konnten, diesem auch nicht mitteilen dürfen.

die Sache sei nicht so genau besprochen worden,

er habe lediglich den Eindruck gehabt, daß Brandt mit den Militärparteien herumschneppte, und daß dadurch die Befehle bestanden, daß ein Bruch der Beamtenpflicht vorkommen könne, der dann natürlich der Firma Krupp zur Last gelegt würde.

Zerge Landrat a. D. Noetger

war zu der Zeit, als Brandt nach Berlin versetzt wurde, Vorsitzender des Krupp-Direktoriums. Er bekundet, daß die einzelnen Degenerenten der Firma große Bewegungsfreiheit gehabt hätten. Sie ordneten die Verhörungen an, bestimmten Gehälter

Jahre 1912 285 Bestrafungen wegen Mißhandlung Untergebener erfolgt seien. Der Umstand, daß die Bestrafung wegen Soldatenschindereien von 337 im Jahre 1911 auf 285 zurückgegangen sind, veranlaßt die bürgerliche Presse zu großen Jubelstürmen.

Eisenbahnunglück in Potsdam. Infolge zu früherer Freigabe des Einfahrtsignals ist in der Nacht zum Montag auf Bahnhof Potsdam der Güüterzug auf den noch im Bahnhof haltenden Personenzug aufgefahren.

Kampf zwischen Einbrecher und Kriminalbeamten. In Dsnabrück wurde ein durch Kriminalrat amte verfolgter Einbrecher durch einen Schuß schwer verletzt, nachdem er auf die Beamten mehrfach gefeuert und einen von ihnen verletzt hatte.

Luftmord. Der Oberbayerische Generalanzeiger meldet aus Landsherg a. V. d. S. Sonntag nachmittags 2 Uhr wurde auf dem Oberen Wege vom Jglinger Bahnhof nach Witttriching die 22-jährige Dienstmagd Weizmüller ermordet aufgefunden.

Eine neue Verleumdung. Dem „Journal“ zufolge erregt eine neue Verleumdung in Kreisen der Pariser Wert- und Schmuckhändler großes Aufsehen. Ein Hindu hat ein Verfahren erufen, das die Verleumdung auszuheilen soll.

Das Monokel. Drüben in England haben sie den Offizieren das Monokel verboten. Da sei es kein Wunder, wenn eine solche Krone gegen die Wurzeln unterliegen mußte? Im Gegenteil, Lord Kitchener, der Monokelträger, behauptet, gerade durch das Tragen der Scherben im Dienst seien Fehler vorgekommen.

Das ist sehr lustig: ein rundes Glas ist hierzulande durchsichtig aus dem runden Glas, sondern ein Adelsattribut. Das Bürgerauge hat sich so daran gewöhnt, im Träger des Monokels einen Menschen erster Klasse zu sehen, daß der Kommissar den ungelehrten Schluß macht, sich ein Ukeles kaufen und abends beim Tanzen den Baron markieren.

Die englischen Offiziere haben das Monokel getragen. Aber noch nie wird man einen englischen Diplomaten, einen englischen abigen Zivilisten, einen englischen hohen Beamten so gesehen haben, mit dem eingeklemmten Glas. Warum nicht? Weil niemand drüben den Offizieren nachsieht, die man nicht bewundert, sondern höchstens für müßige Glieder der menschlichen Gesellschaft hält, sowie die Lampenputzer, Weichensteller, Philologen usw.

Das Monokel den preussischen Offizieren verboten, — das wäre gerade so, als wolle man der Polizei die Schikanen, den Deutschen die Strafmandate, der katholischen Kirche die Ehrenbeichte nehmen. Gotteslästerung! Umsturz! Revolution!

Kleine Notizen.

Eine Stiftung, ehrliche Menschen zu erziehen. Der seltene Fall, daß eine wohlthätige Stiftung vor der Stiftungsbehörde nicht angenommen wird, hat sich in Wien ereignet. Der im April verstorbenen Fabrikdirektor Gustav Lustig vermachte in seinem Testament 100 000 Kronen für eine Stiftung „zur Erziehung besserer, ehrlicher, pflicht- und gleichwertiger Menschen“ und ordnete an, daß hierbei „die veralteten Dogmen der Religionen sowie der nationalen und wirtschaftlichen Kämpfe ausgeschlossen“ werden müßten.

und Gratifikationen, das Direktorium als solches befristete nur die nötige Gesamtsumme. Das es sich bei der Brandlichen Tätigkeit um Beschäftigungen handeln könne, habe er nicht geahnt. Insofern wäre er sofort einschritten. Die Funktionzulage konnte Brandt verwenden wie er wollte, er brauchte darüber keine Rechenschaft abzulegen.

**Zeuge Direktor Mouths**  
sagt an, daß Brandt nach Berlin verlegt wurde, weil Herr v. Schütz über zu geringes Verloren hatte. Brandt wurde dazu gewählt, weil er ein ausgezeichneter Transaktionskünstler besitzt. Er habe gleich angenommen, daß Brandt für die Material zu den „Kornwägen“ Geschenke mache. Er wurde auf sein an die Firma gerichtete Gesuch auf die Anwartschaft geantwortet. Die Anwartschaft über ihn war zwar nicht unglücklich, aber auch die Schwachen Trübsal waren nicht unterdrückt. Die Anwartschaft von Seiten der militärischen Vorgesetzten Trübsal waren günstig. Zeuge hat den Brandt stets für einen wahrheitsliebenden Menschen gehalten. Er hat den Brandt auch in alle Geheimnisse der Firma eingeweiht.

**Zeuge Finanzrat Faur**  
in Personalbegleitung der Firma Krupp und hat als solcher nur einmal mit der Verlesenen Brandt nach Berlin zu tun gehabt. Es wurde Brandt damals keine besondere Zulage gegeben, es wurde ihm dafür gestattet, die Extrazulagen besonders zu liquidieren. Der Zeuge geht dann in längeren Ausführungen auf die Geschäftsergebnisse Brandts ein und bestätigt, die von dem Angeklagten in dieser Beziehung gemachten Angaben. Weiter spricht der Zeuge über die Gestaltung der Brandtschen Tätigkeit in Berlin und bestätigt auch hier nur die bereits früher gemachten Aussagen. Herr v. Meigen hat in den drei Jahren seiner Tätigkeit bei der Firma Krupp, mindestens an der Hälfte Jahre wegen Krankheit abgehaut: in dieser Zeit vertrat ihn Brandt vertreten. Wegen der damit verbundenen Mehrarbeit sind die Gratifikationen bei Brandt über das gewöhnliche Maß hinaus gesteigert worden, das sei aber angesichts dieser Verhältnisse nicht mehr wie recht und billig. Die Geschäftsverhältnisse wurden gewöhnlich von dem stellvertretenden Vorgesetzten, der Brandt also durch den Direktor Cecius. Cecius war bekannt damit, daß er ein weiches Herz hatte und eine gute um Verschönerung niemals recht abschlagen konnte, auch wo sie nicht so gerechtfertigt war. Der Zeuge geht dann auf die Signatur ein, in der Direktor Dr. Muehlon erklärt habe, er müsse dem Direktorium etwas Unangenehmes mitteilen. Direktor Eugenberger habe ihn wegen des bevorstehenden Jubiläum nicht zu Worte kommen lassen und Muehlon habe dem Zeugen beim Hinausgehen die Angelegenheit kurz mitgeteilt. Brandt habe ihm in Bezug auf seine Berichtserstattung erklärt, er wolle ein anständiger Mensch bleiben. — Im Hinblick auf diese Verbindung des Zeugen kommt es wiederum zu

**Zusammenhängen zwischen ihm und dem Oberstaatsanwalt.**  
Der Oberstaatsanwalt erklärt, Direktor Muehlon müßte sich seinen Standpunkt näher erläutern haben und jeder vernünftige Mensch würde doch getragt haben, aus welchem Grunde Brandt fürchtete, er könne kein anständiger Mensch mehr bleiben, wenn er die Verleumdung bestrafe. — Der Zeuge erklärt indes, er habe gar nicht nötig zu fragen, denn wenn sich auch Brandt habe nicht zu schänden kommen lassen, so wäre es doch möglich, daß er einen bösen Schein auf sich geladen hätte, um das Gemüthe zu seiner Abberufung. Die Firma sei in dem Zustand in einer sehr unangenehmen Lage. Alles was bei der Firma geschieht und auf sie im entferntesten ein schlechtes Licht werfen könnte, werde in der ganzen Öffentlichkeit durch die Presse gegen sie ausgemittelt. Deshalb müsse auch der geringste böse Schein vermieden werden, auch Andeutungen in solcher Richtung, die ganz unbedeutend sind, könnten der Firma schon schädlich sein.

**Zeuge v. Dewig.**  
Der Nachfolger des Direktors Mouths erklärt, daß es für ihn von großem Interesse war, die Konkurrenzpreise zu erfahren. Alle Kornwägen gingen durch seine Hände. Er sandte sie an die Herren, die Interesse daran haben konnten und erhielt sie später wieder zurückgestellt. In einem Bericht militärischer Geheimnisse habe der Zeuge nie denken können, da die Kornwägen in dieser Beziehung etwas Neues überhand nicht enthalten. Ob die Nachrichten auf Indiskretion beruhten konnte man aus ihnen nicht immer entnehmen, manchmal hätte er den Eindruck gehabt, als ob Indiskretionen mit im Spiel waren. Eine Anzahl von Kornwägen ist vernichtet worden, aber lediglich deshalb, weil sie veraltetes Material enthielten.

Nach Vernehmung einiger weiterer Zeugen, die nichts Wesentliches befanden, wird die Sitzung auf morgen vertagt.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Steinau a. L., 23. Oktober.** Wieder ein Erfolg! Auch in unserem Städtchen macht die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung immer mehr erfreuliche Fortschritte. Das beweisen die am Montag stattgefundenen Wahlen zum Ausschuss der allgemeinen Ortskrankenkasse. Auf die Liste des Gewerkschaftsvereins wurden 163, auf die der Christlich-Nationalen dagegen nur 141 Stimmen abgegeben. Die Christlich-Nationalen hatten die Mehrheit schon vorher in der Lage.

**Wels, 23. Oktober.** Ein „gebildeter“ Theaterbesucher. Gelegenheit der Schlussvorstellung des hier gastierenden Reibenz-Ensembles kam es zu einem Zwischenfall, der in den Kreisen der Theaterbesucher lebhaften Anstoß erregte. Gegeben wurde der „Hugenotten“ und wie die Kritik der „Sommersprosser“ von der „Eder“ kündigte, in einwandlos freier Weise. Trotzdem es sollen in einem Akt einige Zwischenspiele und im zweiten Akt sogar ein schriller Pfiff. Der Regisseur verbot sich mit Recht eine solche Erklärung und forderte den Aufsichtsrat, einen Offizier, auf, das Theater zu verlassen. Dieser Aufforderung widerstand sich der „gebildete“ Herr selbst dann noch, als ihm in dem Hausbesitzbesitzer Verapographen gedroht wurde. Erst als die Polizei zum Einschreiten veranlaßt werden sollte, verließ der vornehme Freund des Stars seines „Rubens“ unter Begleitung einiger Kameraden, die sich dem Hinausgehen angeschlossen. Das Publikum blökte dem Regisseur für ein mannschaftes Auftreten durch lebhaften Beifall. Dann erst konnte die Vorstellung ungehindert ihren Fortgang nehmen.

Die „Sommersprosser“ luden den Vorgang so hinzuhalten, als ob der Regisseur einen Herrn, von einem Offizier in überhaup nicht die Rede, zu unrecht der Aufsichtsrat beizugehen und deshalb später um Entschuldigung gebeten habe. Wie uns aber von der unsterblichen Seite bestätigt wird, haben weder der Direktor noch der Regisseur eine solche oder auch nur eine ähnlich lautende Erklärung abgegeben. Das wäre auch noch schön, wenn der Aufsichtsrat einer einwandfreien Vorweisung für sein räuberisches Benehmen noch eine Art Sanction erhalten hätte.

Was hätte wohl das Blatt, das den Störenfried mit den Offiziershelfer noch in Schutz nimmt, geschrieben, wenn sich der Helfer auch nur annähernd so ungehörig benommen hätte. So war es aber ein Offizier, und dessen Verhalten muß bestraft werden.

**Neu-Zalitz, 23. Oktober.** Brennender Einfahrt. Gestern abend gegen 12 Uhr wurde ein Brand im Einfahrtshaus des „Suffaslorens“ der Frau Davidgrube entdeckt. Das Maschinenhaus und die hölzerne Verkleidung der Seilbahn fand bis zur Einfahrt ins Gebirge in hellen Flammen. Das Feuer muß jedoch schon einige Stunden gewütet haben, ehe es überhaupt bemerkt worden ist, da sonst eine rechtzeitige Verhinderung sichergestellt hätte nicht als möglich erscheint. Ungefähr 600 Meter Seilbahn wurden ein Raub der Flammen. Die Förderbahn dürfte auf längere Zeit unterbrochen sein und die

Belegmaschinen werden wo anders untergebracht. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

**Verdiébor, 23. Oktober.** Feuer mit Menschenverlust. Sonntag abend gegen 8 Uhr brach im Besten des Gutsbesizers Ernst Waucl im Oberdorf, unweit der Kapelle, Feuer aus. Der Brand entstand im Heuboden, der über dem Stall liegt und mit Schrauben gedreht ist und sicherte diesen Teil des Gutsgebäudes bis auf die Mauern ein; das anstehende nur durch Brandmauer getrennte und mit Wasser gedecktes Wohngebäude konnte erhalten werden, ebenso ein abseits stehender Schuppen, auch das Vieh wurde gerettet. Während des Brandes vermittelte man schon den Knecht Hermann Knapach, der eine Kammer neben dem Heuboden hatte. Eine Tochter der Gutsleute, des Chepar Mäsel, wollte bei Ausbruch des Feuers zur Kirmesleiter im nahen Gasthof „zur Ravelle“, hatte bei dem Generals den Knecht angerufen und war dann nach dem Stalle geeilt, um das Vieh loszubinden. Man glaubte den M. schließlich bei der Kirmes in Gornau. Montag morgen fand man die verkohlte Leiche des 17 Jahre alten M. Unheimlich hatte der Unglückliche sich nicht zur Kirmes begeben, war schlafen gegangen und ist vom Rauch beunruhigt, den Flammen zum Opfer gefallen. Der sonst argerichtete Schaden ist zum Teil durch Versicherung gedeckt.

**Annau, 23. Oktober.** Kein Unglücksfall, sondern Raubmord. Vorige Woche berichteten wir, daß der Tagelohnarbeiter Luz am Sonntag abend vom Zuge auf der Strecke zwischen Breitenhain und Annau überfahren worden ist. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist diese Mitteilung nicht ganz zutreffend, die Person des Ueberfahrenen ist bis heute noch nicht festgestellt. Auch sollen die amtlichen Ermittlungen ergeben haben, daß nicht Unglücksfall, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach ein Raubmord vorliege. Der Ueberfahrere ist am Sonntag nachmittag nach gegen 5 Uhr in der Dalmühle gewesen und hat hier ein Glas Bier getrunken, auch kaufte er dem Töchterchen des Wirts noch eine Tafel Schokolade. Er bezahlte mit einem Scheinmännchen. Da er außerdem noch mehr Geld bei sich gehabt hat, konnte nicht festgestellt werden. Bei der Leiche wurden nur noch 60 Pfennige gefunden. Das kein Unglücksfall vorliegt, geht auch daraus hervor, daß der Leichnam, als er gefunden wurde, bereits kalt war, trotzdem der Zug, der ihn nachweislich überfahren hat, erst fünf Minuten vorher war. In fünf Minuten ist jedoch eine Leiche nicht kalt. Wie durch den Sachverhalt festgestellt worden ist, sind dem Ueberfahrenen, als er die Dalmühle verließ, fünf Pfennige durch ein ländliche Mädchen abgenommen. Am vorigen Sonntagabend wurde bereits eine Verhaftung vorgenommen. Doch mußte der Verhaftete wieder entlassen werden, da er sein Alibi nachweisen konnte. Man nimmt an, daß die Verbrechen bereits über die Grenze entwichen sind. Jedenfalls sind es wieder ausländische Landstroläher, die beim Tagelohnbau in großer Zahl beschäftigt werden.

**Greifensee, 23. Oktober.** Von einem Leben gewordenen Rinde getötet. Der Viehhändler Wiener in Weimersdorf wurde in der Nähe des Viehhäufes am Weirande schwer verletzt und bewußlos aufgefunden. Er ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Die Verletzungen sind dem Verunglückten aufeinander von einem lebensgewordenen Rinde zugefügt worden.

**Natibor, 23. Oktober.** Verichtigung. Genosse Josef Glas schreibt uns: „Erst jetzt geht mir eine Veranlassung nach der Breslauer „Volkswacht“ über die Partei-Veranlassung in Natibor zu, wo der Bericht über den Parteitag erstattet wurde. Der Berichterstatter läßt mich da sagen, daß ich mit der Auflösung der P. V. Z. nicht ganz einverstanden bin, daß aber eine Kandidatenorganisation, in der in deutscher und polnischer Sprache die Agitation betrieben würde, sehr wohl möglich wäre. Der größte Fehler ist aber gewesen, daß man die P. V. Z. überhaupt erst gegründet habe. Dem gegenüber habe ich zu erklären, daß meine Ausführungen gerade das Gegenteil dessen waren, was mich der Berichterstatter sagen läßt. Ich betonte, daß es sehr wohl möglich und nützlich sei, daß die P. V. Z. als selbständige Organisation bestünde und als solche gefördert werden muß. Waren es doch gerade Mitglieder der deutschen Partei, die damals die Notwendigkeit der selbständigen polnischen Organisation erklärten und ihre Gründung herbeiführten. Deshalb halte ich es für einen Fehler, daß der Antrag des Parteivorstandes in Jena angenommen wurde.“

Der Berichterstatter der „Volkswacht“ hat also daneben gehalten, wenn er mich als Kränklichen gegen die P. V. Z. aufmarschieren läßt. Im Gegenteil, so lange ich Mitglied der Partei sein werde, werde ich bemüht sein, dahin zu wirken, daß dieser Versuch wieder aufgehoben wird.

**Natibor, 23. Oktober.** Ein soziales Amtshuben-Jdyl. Im „Natiborer Anzeiger“ konnte man dieser Tage das folgende amtliche Interim lesen:

Für ein Amtsbureau wird ein tüchtiger, junger, in Amts- und Gutsverhältnisse fester Züchter,

der sicherer Rechner sein muß, gesucht. Polnische Sprache Bedingung. Kost und Wohnung wird nicht gewährt. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehalts-Ansprüchen unter P. H. 4607 an den „Natiborer Anzeiger“.

Falsch kann sich auch ein tüchtiger, energischer Pensionär (möglichst Radfahrer), der polnischen Sprache mächtig, als Amtsbienner melden. Gehalt 186 Mark pro Jahr. Eventuell können beide Posten einer Person übertragen werden.

150 Mark pro Jahr sind ein schöner Regen Geld! Wenn es gekannt sollte, einem in validen, politischen Amtschreiber mit zwei Holzbeinen noch das Radeln beizubringen, wird der sicher auch das Amtshuben leisten, sich mit 15 Mark monatlich und den zwei schönen Titeln Amtsbienner und Amtsbienner hinstellen einzurichten, bemerkt bistig, aber mit Recht, die „Welt am Montag“ hierzu.

**Boien, 23. Oktober.** Messerhete mit tödlichem Ausgang. Eine Bluttat spielte sich Sonntag nachmittag in der Sandstraße ab. Der Arbeiter Surdil, der mit dem Arbeiter Johann Officerevski in mehreren Lokalen gekannt hatte, verlangte in dem zuletzt besuchten Lokal in der Sandstraße von Officerevski 10 Pf., was dieser aber ablehnte.

Dadurch wurde Surdil so in Wut verlegt, daß er auf der Straße dem O. sein Messer in die Rippen steckte, daß Herz und Lunge verletzt wurden. Der Gestochene schleppte sich noch etwa 20 Meter weit und fiel dann an der Ecke Große und Kleine Gortestraße beinahe zu Boden. Es wurde ein Krankenwagen requiriert, der den Schwerverletzten ins Stadtlazarett schaffte. Dort gab nach einigen Stunden Officerevski seinen Geist auf. Der Mordbube ist erst 18 Jahre alt und als arbeitslos bekannt. Der Gestochene war 24 Jahre alt und unverheiratet.

**Gositz, 23. Oktober.** Ueberfahren und getötet. Das dreijährige Söhnchen des Fleischermeisters Pospich in Pempowo wurde beim Ueberfahren der Straße vom Bahnbus so unglücklich überfahren, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

**Schrimm, 23. Oktober.** Große Unterschleife. Wie polnische Blätter melden, sind bei der hiesigen Bank Ludow, einer der größten polnischen Genossenschaftsbanken unserer Provinz Unregelmäßigkeiten von bedeutender Höhe — man spricht von 100.000 Mark — aufgedeckt worden.

**Sirena i. P., 23. Oktober.** Mangelndes Vertrauen zur göttlichen Vorsehung. Der hiesige Propst Malat ist der Meinung, daß es nicht richtig sei, sich vor Schaden durch Feuersgefahr durch Versicherung zu schützen. Darin erblickt der Herr Propst einen Mangel des Vertrauens zur Vorsehung Gottes. Nach den Geschäftsabschlüssen der Feuer-Versicherungs-Gesellschaften zu urteilen, muß es mit dem Vertrauen zur göttlichen Vorsehung demnach sehr schlecht bestellt sein.

## Aus Oberschlesien.

### Der neue Anschlaghafen in Dypeln.

Am Sonntag wurde in Dypeln ein Bauplan seiner Einarbeitung übergeben, das nicht nur für Oberschlesien und die Stadt Dypeln, sondern auch für die gesamte Provinz und weit darüber hinaus von außerordentlicher großer Bedeutung ist; denn mit den neuen herrschaftlichen Anschlaganlagen löst sich ein Verkehr von 500.000 Tonnen Steinkohlen, 100.000 Tonnen anderer Kohlen und etwa 150.000 Tonnen Bergbauern bewältigen, ein Bauplan, dessen Umfang sich vom oberirdischen Industriegebiet westlich bis nach Siedlitz erstrecken wird.

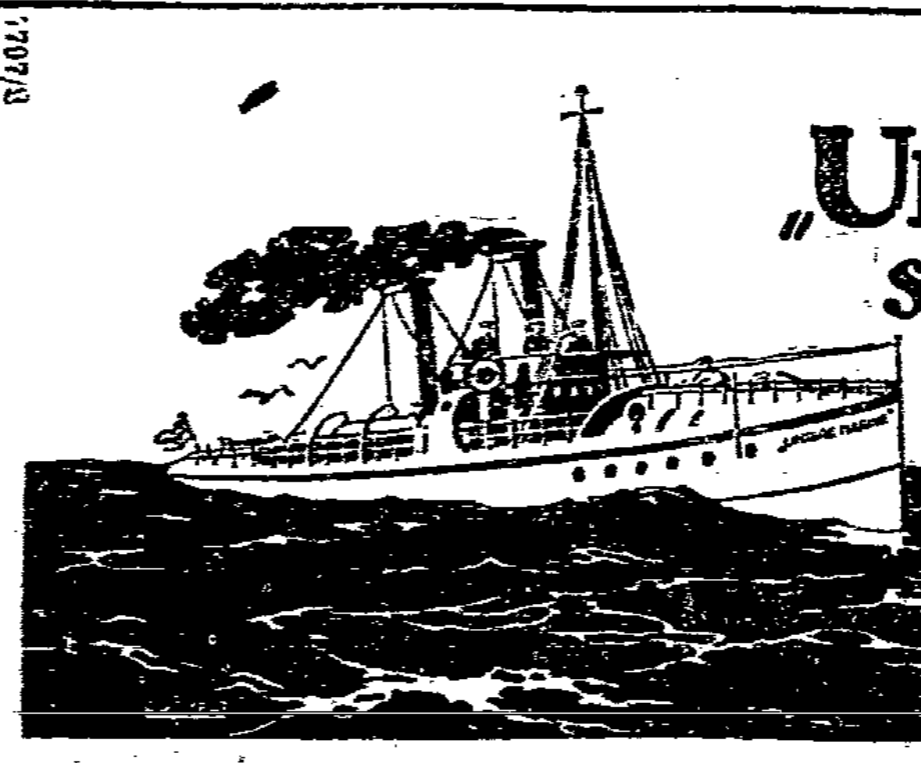
Ueber die Erweiterungsarbeiten und ihre Ausführung im einzelnen wird der „Breslauer Zeitung“ geschrieben: Die Länge des Dypeler 125 Meter langen Hafenbeckens beträgt 150 Meter, seine Breite 70 Meter. Die Staumauer hat vorläufig eine Länge von 120 Metern und soll später auf 150 Meter verlängert werden. An Umfassungsmauern und 2 Moleentwürfen, zwei Arme und mehrere Quais sind aufgeführt. Die Moleentwürfe sind so konstruiert, daß es möglich ist, selbst bei einem Wasserstand von 1,5 Metern nachzuschieben. Durch einen verstellbaren Lüfter an der Unterseite des Möpvers läßt sich die Wasserhöhe des Beckens genau regulieren, was besonders bei derartigen Bauarbeiten von Wichtigkeit ist. Die Quais sind einfache, offene, ebene Moleen, die in einem Gerüst verstellbar gelagert sind und deren unteres Ende bei Hochwasser aufgeschleppt werden kann. Die unteren Quais sind von Holzbohlen, die nicht von den Möpvern und den Quais ins Schiff befördert werden, wie sonst üblich, sondern in Rollen und unter in Rollen, sowie für den gesamten Bergbauern und zwei Bahnen, die sich betriebsfähig auf der 120 Meter langen Staumauer aufstellen. Die Kräne haben eine Ausladung von 12 Metern erlauben und sind so aufgestellt, daß sie 9,55 Meter über die Vordecke der Staumauer reichen.

**Seuthen 22., 23. Oktober.** Die liberalen Ausreißer. Die Liberalen aller Schattierungen von hier haben vor einiger Zeit einen „großen Sieg“ errungen. Der Bezirksausschuss in Dypeln hat die Wahlen der Stadtverordneten in der zweiten Wahlklasse, in der sämtlich Zentrumsmänner gewählt waren, für ungültig erklärt. Am 5. November wurden die Neuwahlen statt. Liberale wie Zentrumsmänner rüsten eifrig, um gegen einander loszuschießen. Eigentlich ist die Wahl mehr oder weniger eine Komödie, denn die Perschäften sind in allen Wählkreisen und Wählkreisen fast immer einig. Unerwartet herrscht nur darüber, wer eigentlich Stadtverordneter werden soll, und daher die Kämpfe. Die Liberalen gehen damit handieren, daß das Zentrum bei der letzten Wahl gemogelt haben soll, denn sonst wären ja die Wahlen nicht für ungültig erklärt worden. Die liberalen Herrschaften verzeihen aber, daß die Wahl der Zentrumsmännern in der zweiten Wahlklasse nur möglich war, weil der größte Teil der sogenannten Liberalen am Wahltag die Bluth ergriffen hat. Und so wie es jetzt gegangen ist, so wird es auch diesmal gehen. Schon haben viele der liberalen Herren den Jahresplan in Arbeit, um genau zu wissen, mit welchem Zuge sie am Wahltag nach Breslau abreißen können. „Wichtige Geschäfte“, „plötzliche Erkrankung in der Familie“ oder gar die „Eindringung des Kottreieles“ sind die wichtigsten Entschuldigungsgründe, um nur nicht öffentlich seine Stimme abgeben zu dürfen.

Und die „Kapsleren“ Herren wollen den Kampf mit dem Zentrum aufnehmen? Das Zentrum kennt seine Pappenheimer ganz genau und lacht sich bei all diesen Dingen eins ins Häufchen, denn es weiß ja zu genau, daß es mit den „liberalen Männern“ jeden Kampf aufnehmen kann.

**Jabrze, 23. Oktober.** 65.713 Einwohner! Unter der Zahl nach der jetzt vorgenommenen Personenstandsaufnahme 65.713 Einwohner und ist demnach in der Zahl der Einwohner das zweitgrößte Dorf in Deutschland. Gestalt wurden 60.713 Katholiken, 4031 evangelische, 609 jüdische Einwohner und 10 Jüdinnen. Von diesen sind 32.691 männlichen und 33.022 weiblichen Geschlechts. — Seit dem vorigen Jahre beträgt die Bevölkerungszunahme 1115 Seelen.

**Jabrze, 23. Oktober.** Grubenunfälle. Auf dem Schiffe der „Königsgrube“ wurde der Häuer Wilhelm Grabinski von hier beim Weiterabbau von herabfallender Kohle getroffen. Ihm wurde das Rückgrat und eine Hand gebrochen. — Auf derselben Grube erlitt der Schlepper Ludwig Zupalka aus Chorow durch herabfallende Kohle schwere innere Verletzungen und der Häuer Franz Mazhuk einen Handbruch und verschiedene andere Verletzungen. Dem Zupalka wurde außerdem ein Ohr abgeschlagen.



**Die Hauptmarke!**  
**„Unsere Marine“**  
Schlager in Qualität.  
Die beste 2 Pf.-Cigarette

GEORG A. JASMATZKY & CO. DRESDEN  
Größte deutsche Cigarettenfabrik